

# Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: W. Andreas, O. Becker, G. Beckmann †, G. v. Below †, G. Beyerhaus, A. Brackmann, A. Cartellieri, F. Delitzsch †, W. Goetz, F. Hartung, A. Hasenclever, R. Holtzmann, P. Joachimsen †, H. Lietzmann, E. Marcks, F. Meinecke, G. Mentz, W. Mommsen, H. Oncken, F. Philippi, A. Wahl, A. Weber, G. Wolff, J. Ziekursch  
u. a. herausgegeben von Dr. Emil Ebering.

== Heft 341 ==

Beiträge zur Weltpolitik hrsg. von Otto Becker

Heft 2

Veröffentlichung des Japaninstituts, Berlin

---

## Japans Aufstieg

1868—1880

Von

**Bruno Siemers**

1938

---

Verlag Dr. Emil Ebering in Berlin

Nachdruck mit Genehmigung vom  
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.

Vaduz  
1965

Reprinted from a copy in the collections of  
The New York Public Library

Printed in the United States of America

Helmuth Hopfner  
und  
Dr. Anton Wagner  
gewidmet



Digitized by the Internet Archive  
in 2024

## Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Vorwort . . . . .	7
1 Kapitel: Die ersten Jahre der Kaiserlichen Regierung . . .	11
2. Kapitel: Die Iwakura-Gesandtschaft . . . . .	26
3. Kapitel: Japans frühe Asienpolitik . . . . .	32
4 Kapitel: Die Abtretung Sachalins und Öffnung Koreas . . .	46
5. Kapitel: Japan nimmt den Kampf um die Gleichberechtigung auf	54
Anmerkungen . . . . .	62
Erklärung japanischer Wörter . . . . .	69
Erklärung der wichtigsten Abkürzungen . . . . .	70
Quellen- und Literaturverzeichnis . . . . .	71

2



## **Vorwort.**

Die freundliche Aufnahme, die meine Studie „Japans Eingliederung in den Weltverkehr 1853—1869“ gefunden hat, veranlaßte den Verlag, bereits jetzt den zweiten Teil herauszubringen. Die vorliegende Schrift wurde 1935 verfaßt. Sie umfaßt einen Zeitabschnitt, der an dramatischen äußeren Geschehnissen nicht so reich ist wie die Zeit von 1853 bis 1868, behandelt jedoch gerade die wichtigsten Jahre des Aufbaus der neuen Großmacht Japan. Waren bis dahin die fremden Mächte ausschließlich der aktive Teil gewesen, so beginnt in den siebziger Jahren Japan, seinerseits dem Verkehr mit der übrigen Welt eine Richtung zu geben. Längst hat sich Staub gelegt auf die Dokumente, die uns berichten aus dieser Zeit, in der Japan entschlossen die Ritterrüstung ablegte und den Kampf um die Gleichberechtigung mit den übrigen Mächten aufnahm. Dennoch ist diese Zeit, in der es weder Flugzeug noch Rundfunk gab, uns Heutigen ganz nah. Es ist dasselbe Ringen eines Volkes, damals und heute, ein Ringen, für das gerade wir Deutsche allezeit Verständnis gehabt haben.

Über die Methode der Darstellung gilt das gleiche, was ich im Vorwort zu Japans Eingliederung in den Weltverkehr gesagt habe. Es ist mir ein Bedürfnis, auch an dieser Stelle denjenigen zu danken, die meine Arbeit gefördert haben. Mein besonderer Dank gilt Herrn Professor Dr. Otto Becker, Kiel, und Herrn Professor Dr. Martin Ramming, dem deutschen Leiter des Japaninstituts, Berlin.

Berlin, im Juni 1938.

Dr. Bruno Siemers.





Unter dem Druck der Schiffskanonen des Amerikaners Perry hatten sich die Japaner im Jahre 1854 genötigt gesehen, den ersten Vertrag mit den Vereinigten Staaten zu schließen. Weitere Handelsverträge mit anderen Mächten folgten in den nächsten Jahren. Durch die Aufnahme freundschaftlicher Beziehungen zur übrigen Welt verschlechterte die Shôgunatsregierung gegen die ohnehin eine starke Gegnerschaft im Lande bestand ihre Lage noch mehr. Im Jahre 1867 mußte der letzte Shôgun zurücktreten. Da seine Samurai sich nicht freiwillig unterwarfen, wurden sie von den Truppen der südlichen Landesfürsten in einer Reihe von Feldschlachten besiegt. Am 26. November 1868 hielt der Kaiser seinen Einzug in die Stadt der Shôgune. Nur der tokugawatreue Vizeadmiral Enomoto setzte den Kampf für die verlorene Sache von der Insel Yeso, dem heutigen Hokkaido, aus fort.

The first part of the document is a letter from the  
 author to the reader, in which he explains the purpose  
 of the work and the method of its composition. He  
 then proceeds to a detailed account of the events  
 which have taken place, and concludes with a  
 summary of the results of his research. The second  
 part of the document is a list of the names of the  
 persons who have been mentioned in the text, and  
 a list of the books and papers which have been  
 consulted in the course of the investigation. The  
 third part of the document is a list of the names  
 of the persons who have been mentioned in the text,  
 and a list of the books and papers which have been  
 consulted in the course of the investigation. The  
 fourth part of the document is a list of the names  
 of the persons who have been mentioned in the text,  
 and a list of the books and papers which have been  
 consulted in the course of the investigation. The  
 fifth part of the document is a list of the names  
 of the persons who have been mentioned in the text,  
 and a list of the books and papers which have been  
 consulted in the course of the investigation. The  
 sixth part of the document is a list of the names  
 of the persons who have been mentioned in the text,  
 and a list of the books and papers which have been  
 consulted in the course of the investigation. The  
 seventh part of the document is a list of the names  
 of the persons who have been mentioned in the text,  
 and a list of the books and papers which have been  
 consulted in the course of the investigation. The  
 eighth part of the document is a list of the names  
 of the persons who have been mentioned in the text,  
 and a list of the books and papers which have been  
 consulted in the course of the investigation. The  
 ninth part of the document is a list of the names  
 of the persons who have been mentioned in the text,  
 and a list of the books and papers which have been  
 consulted in the course of the investigation. The  
 tenth part of the document is a list of the names  
 of the persons who have been mentioned in the text,  
 and a list of the books and papers which have been  
 consulted in the course of the investigation.

## Erstes Kapitel.

### Die ersten Jahre der Kaiserlichen Regierung.

Mit der Einnahme von Yedo und dem Fall Aizus stand der Sieg des Südens fest. Japan befand sich in der Hand der Kaiserlichen; daran konnte auch der Ausgang der Ereignisse auf der Insel Yezo nichts mehr ändern. Zwar war die Zukunft noch dunkel, und eine einheitliche Regierungsgewalt, die das von der Klankalition Sat-Chô-To (d. h. Satsuma-Chôshû-Tosa) eroberte Land zu beherrschen imstande gewesen wäre, gab es nicht. Aber bei der Aufgeschlossenheit, welche die Führer der Revolutionspartei in der letzten Zeit gegenüber den fremden Vertretern gezeigt hatten, war damit zu rechnen, daß sie sich bei dem bevorstehenden Neuaufbau des Tennôreiches weitgehend von dem Vorbild der europäischen Staaten würden leiten lassen. Die Geburtsstunde der Großmacht Japan fällt somit in das Jahrzehnt der Neugrundlegung bzw. Gründung der jungen Staaten des 19. Jahrhunderts.

Mit der Beendigung des Sezessionskrieges hatten die Vereinigten Staaten die innere Einheit, die wichtigste Voraussetzung ihrer Großmachtstellung, gefunden; auf der Apenninenhalbinsel war das Königreich Italien entstanden und in Mitteleuropa hatte sich der Norddeutsche Bund gebildet, der bald zum Deutschen Reich erweitert werden sollte. Brachten diese Veränderungen eine der größten Machtverschiebungen im gesamten Staatensystem mit sich, so lag die Bedeutung der japanischen Restauration darin, daß sie der Beginn der großen Revolution des transgangetischen Asien war, vergleichbar nur der französischen von 1789—92. In diesem Jahr 1868 beginnt die aktive Politik Ostasiens in der Neuzeit, setzt eine Entwicklung ein, die zu dem neuen Weltstaatensystem führte, das der Weltkrieg schuf und in dem nur die kulturelle Führerstellung Europas im großen und ganzen noch unbestritten ist.

Nach der Eroberung der Hauptinsel lenkten die Führer der Südmee ihre Blicke auf Yezo, das von Enomoto am 27. Januar 1869 zur Republik erklärt wurde. Um ihre Streitkräfte für den

Kampf gegen diesen neuen Inselstaat im Norden zu verstärken, hatte die kaiserliche Regierung noch im Dezember 1868 den amerikanischen Gesandten um die Übergabe des Panzerschiffes „Stonewall“, das von der inzwischen beseitigten Shōgunatsregierung in den Vereinigten Staaten bestellt worden war, dessen Auslieferung an eine der kämpfenden Parteien die fremden Diplomaten jedoch verhindert hatten,\*) für den Krieg gegen die Tokugawaflotte ersucht. Aber sie hatte noch nichts erreicht. Die japanischen Minister fanden jedoch bald Unterstützung bei Sir Harry Parkes, dem englischen Gesandten, der innerlich längst für die neue Regierung Partei genommen hatte. Er wollte die Tokugawaflotte als kriegführende Partei nicht mehr anerkennen. Seine Stellungnahme dürfte nicht nur von dem Wunsch bestimmt gewesen sein, das besondere Vertrauen der neuen Regierung zu erwerben,<sup>1</sup> sondern er fürchtete wohl auch, daß Rußland einen zu großen Einfluß auf die Yeso-Republik erhalten könnte.<sup>2</sup>

Obwohl die Lage auf Yeso noch keineswegs geklärt war, schlossen sich schließlich alle Diplomaten dem Standpunkt des englischen Gesandten an, daß die Truppen Enomotos als Aufrührer anzusehen seien, und zogen am 8. Februar ihre Neutralitätserklärungen\*) zurück. Dennoch ergab sich Hakodate erst am 26. Juni nach einem langen Yesofeldzug, an dem auch der „Stonewall“ noch hervorragenden Anteil hatte.

Für Japans Zukunft mußte entscheidend werden, ob es der neuen Regierung gelingen würde, den Zerfall der Klankoalition, die den Sieg über Yedo errungen hatte, zu verhindern und die verschiedenen Strömungen, die bisher durch ihre Tokugawagegnerschaft zusammengehalten worden waren, nun, nach der Niederbringung dieses Gegners, auch für ein gemeinsames Aufbauprogramm zu verbinden. Was würden die Führer der vier bedeutendsten Klans des Südens mit der ihnen über Nacht zugefallenen Macht anfangen?

Die äußere Form der neuen Regierung, die nicht allein durch das Übergewicht der südlichen Klans, sondern auch durch ihre

---

\*) Vgl. Siemers, Japans Eingliederung in den Weltverkehr S. 114.

hochadlige Zusammensetzung aus kaiserlichen Prinzen, Hofadligen (Kuge) und Landesfürsten (Daimyô) gekennzeichnet wurde, war der Vorfeudalzeit entlehnt. Aber die wirkliche Macht wurde, wie bisher, von den Ôkubo, Kido, Gotô, Itô, Inoe und Ôkuma ausgeübt, die sich mit niederen Ämtern in den verschiedenen Verwaltungszweigen der neuen Regierung begnügten. Der Geist, der die entscheidenden Männer der Regierung beseelte, kommt übrigens am deutlichsten zum Ausdruck im Eid des jungen Kaisers vom 6. April 1868, in dem die Errichtung parlamentarischer Einrichtungen angekündigt wurde. Aber das Parlament von 1869, das nur aus Samurai bestand, deren Gedankenwelt das Feudalzeitalter war, wurde, wie nicht anders zu erwarten, ein Fehlschlag. Die erste Staatseinrichtung nach westlichem Muster sollte bereits dartun, wie wenig sinnvoll es war, Einrichtungen westlicher Staaten, die sich übrigens auch in Europa keineswegs allgemein bewährt hatten, kritiklos zu übernehmen.

Sehr gefährlich war die Enttäuschung in den südlichen Klags, besonders in Satsuma, darüber, daß den Klags nicht ein so großer Anteil an der Regierung zugefallen war, wie sie sich vom Sturz der Tokugawa erhofft hatten. Sie ließen die kaiserliche Regierung, die seit dem Einzug des Kaisers in die Stadt der Shôgun am 26. November 1868 ihren Sitz in Yedo oder vielmehr in Tôkyô — das war der neue Name von Yedo — hatte, ihre Macht deutlich spüren. Satsuma ging so weit, die Truppen zurückzurufen, die zum Schutze der Regierung in der Hauptstadt lagen. Das Ministerium in Tôkyô, das ohne Unterstützung der südlichen Klags so schwach war wie nie eine Shôgunatsregierung, mußte sich aufs Verhandeln legen.

Ôkubo und Iwakura fiel 1871 die schwere Aufgabe zu, den mächtigen Satsuma-Klan zu versöhnen. Sie hatten Erfolg in Kagoshima, der Hauptstadt von Satsuma, und darüber hinaus auch in Chôshû, Tosa und einigen anderen bedeutenden Klags. Das Ergebnis war die Schaffung einer Streitmacht von etwa 10 000 Mann Sat-Chô-To-Truppen zur Aufrechterhaltung und Stützung der Zentralgewalt. Sie wurde der Keim des späteren Nationalheeres. Außerdem wurde durch eine Umbildung der Regierung der Einfluß des alten Hof- und Feudaladels erheblich verringert zugunsten der Männer des Fortschritts. Dabei wurde unter Beteiligung von Samurai aus Satsuma, Chôshû, Tosa und Hizen an der



Regierung dem Verlangen Satsumas und der übrigen Klans nach größerem Einfluß Rechnung getragen.

So verschieden die konservative Mehrheit und die fortschrittlich gesinnte Minderheit in ihren Zielen sein mochten, beide waren sich einig über die Notwendigkeit, den Feudalismus abzuschaffen, sei es, weil er für die einen das System der Tokugawa war, sei es, weil die anderen darin einen rückständigen Verfassungszustand sahen, der Japans Weltgeltung beeinträchtigte. Im März 1869 hatten die Daimyō von Satsuma, Chōshū, Tosa und Hizen dem Kaiser eine Denkschrift eingereicht, als deren Verfasser Kido gilt. Darin hatten sie die freiwillige Übergabe ihrer Länder an den Kaiser angeboten, weil diese ja eigentlich ihm gehörten. Nicht alle Landesfürsten waren diesem Beispiel begeistert gefolgt, aber sie waren gefolgt. Im August hatte der Thron das Anerbieten angenommen und die Daimyō mit einer Zivilliste, die 10 vH. der Klandinneinnahmen ausmachte, zu Statthaltern in ihren Gebieten ernannt.

Zwei Jahre später, nach der oben erwähnten Festigung und Neubildung, konnte die Regierung es wagen, das Feudalsystem überhaupt zu beseitigen: „Die Klans sind abgeschafft und Präfekturen an ihrer Stelle errichtet“, so lautet der kurze kaiserliche Erlaß vom 29. August 1871. Den Daimyō wurde auferlegt, wieder in Tōkyō zu wohnen, und der Hof- und Feudaladel wurde verschmolzen zu den Kwazoku, während der Stand der Samurai hinfür Shizoku hieß. Die Samurai waren die eigentlich Leidtragenden bei der großen Umwälzung, weil sie plötzlich vollkommen aus ihrer Lebensbahn herausgeschleudert wurden und ihnen bald die einfachsten Lebensnotwendigkeiten fehlten. Sie stellten deshalb auch den größten Unsicherheitsfaktor während der nächsten Jahre dar, der auf die inneren Verhältnisse und äußeren Beziehungen weitgehend eingewirkt hat.

Die Beseitigung des Feudalismus war das Verdienst derselben führenden Samurai, die den Sieg für den Tennō errungen hatten. Sie waren die geistigen Urheber der neuen Entwicklung, und ihrem Tatendrang beugten sich die Nominalherrscher, für die sie und ihresgleichen die tatsächliche Verwaltung der Klans schon lange innegehabt hatten. Denn wie der Kaiser vom Shōgun und dieser schließlich ganz von seinem Gorōjū abhängig geworden war, so lag die tatsächliche Verwaltung der meisten Klans längst nicht mehr



in den Händen der Daimyô, nicht einmal mehr ihrer Karô (erbliche Minister), die selbst schon verweichlicht waren, sondern die Fäden der inneren Verwaltung liefen zusammen in den Händen von Männern des niederen Adels.<sup>3</sup> Ihrem klaren Handeln, nicht dem „Patriotismus“ und der Selbstlosigkeit der Landesfürsten, wie man nach dem Wortlaut der Denkschriften annehmen könnte (und wie es gelegentlich dargestellt worden), ist die neue Entwicklung zuzuschreiben.<sup>4</sup>

Im Verkehr mit den Fremden zeigte sich bald, daß trotz aller Erklärungen Iwakuras und anderer Minister das alte Mißtrauen fortbestand. Genau wie die Erkenntnis der Notwendigkeit einer westlerischen Reformpolitik nicht das Monopol der neuen Staatsmänner, sondern bereits dem letzten Shôgun eigen war,<sup>5</sup>) folgte die neue Regierung derselben politischen Notwendigkeit, welche die alte zur Aufnahme der auswärtigen Beziehungen gezwungen hatte, mit einem Unterschied: Den neuen Männern waren ihre Schwierigkeiten mit der fremdenfeindlichen Partei hauptsächlich aus der Agitation ihrer eigenen Bewegung entstanden, die gerade die Zulassung der Fremden durch den Shôgun benutzt hatte, das Tokugawaregime zu unterwühlen und zu stürzen. Nun garte es unter der Oberfläche weiter, und oft genug sah sich die neue Regierung in einer ähnlich ohnmächtigen Lage zwischen dem unverantwortlichen Treiben fremdenfeindlicher Elemente und den Forderungen der fremden Vertreter nach Abstellung dieser Schwierigkeiten wie einst die Shôgunatsregierung.

Wiederholte Angriffe auf Ausländer, sowie Anschläge auf japanische Politiker, deren fremdenfreundliche Einstellung bekannt war, zeigten die Erregung, die noch in weiten Schichten herrschte. Die Verärgerung gegen die Franzosen war besonders groß. Deshalb richtete der Außenminister noch Anfang September ein amtliches Schreiben an den französischen Gesandten, M. Outrey, das Vorwürfe gegen die französische Regierung enthielt, weil sie den Offizieren der ehemaligen mission militaire gestattet habe wegzulaufen, wodurch diese erst all das Unheil hätten anrichten können, das mehrere tausend Menschen ihr Leben gekostet habe. Selbstverständlich wies der französische Gesandte diese Angriffe

---

<sup>5</sup>) Vgl. Siemers, Japans Eingliederung in den Weltverkehr S. 104, 118/19.

energisch zurück.<sup>5</sup> Auch Parkes sah sich genötigt, nachdrücklich zu betonen, daß die derzeitige Lage keineswegs im Einklang stehe mit den Freundschaftsbeteuerungen der Regierung. Die Möglichkeit solcher fremdenfeindlicher Kundgebungen sei um so unverständlicher, als die Schwierigkeiten für den Tennô doch nicht einmal so groß seien, wie einst für den Shôgun.<sup>6</sup>

Tatsächlich fehlte es fortan nicht an Bemühungen der Regierung, durch Veröffentlichung von Druckwerken das Volk über die politischen Vorgänge aufzuklären und für ein fortschrittliches und fremdenfreundliches Regierungssystem zu gewinnen. Japan sei nicht die Welt, hieß es in einer, sondern nur ein Land unter vielen. Durch die Dampfschiffahrt seien Länder, die 10 000 Meilen entfernt lägen, zu Nachbarn geworden. Alle Völker wetteiferten miteinander in kriegesischen Erfindungen, während trotzdem ein Völkerrecht die Nationen davor bewahre, leichtfertig und unrechtmäßig angegriffen zu werden. Wieviel weniger könne da das göttliche Japan die Schande gewalttätiger und unrechtmäßiger Handlungen auf sich nehmen. Deshalb habe der Kaiser allen Fremden, die rechtmäßig kämen, redliche Gemeinschaft und freien Zutritt in sein Land angeboten, ein Beispiel, dem sich sein Volk anschließen möge.<sup>7</sup> Eine Denkschrift des Auswärtigen Amtes legte dar, daß eine fremdenfeindliche Politik absolut unmöglich sei für Japan.<sup>8</sup>

Der preußische Geschäftsträger v. Brandt glaubte den Einfluß der fremdenfeindlichen Partei am Werke, als am 20. Februar 1869 Terashima ihn zu veranlassen suchte, die Unterzeichnung eines Vertrages mit dem Norddeutschen Bunde, den Brandt ohne besondere Schwierigkeiten vereinbart hatte, zu verschieben, da die japanische Regierung doch eine allgemeine Revision der Verträge vorschlagen wolle. Er ließ sich darauf jedoch nicht ein und der Vertrag wurde noch am selben Tage unterzeichnet.<sup>9</sup> Auf der Grundlage dieses Vertrages schloß eine Gesandtschaft unter Kontreadmiral Freiherrn von Petz am 18. Oktober 1869 nach nur 14tägigen Verhandlungen den österreichisch-ungarischen Vertrag mit Japan, der, ohne wesentliche neue Vorteile für die fremden Staaten zu bringen, infolge seines günstigen Wortlauts später oft zitiert wurde. Gelegentlich des Abschlusses dieses Vertrages richtete der Tennô an den Kaiser von Österreich als ersten europäischen Souverän einen eigenhändigen Brief. Dieses Schreiben,

zusammen mit der Bestätigung des norddeutschen Vertrages, die gleichzeitig stattfand, bot einem regierenden Tennô die erste Gelegenheit, seinen Namen zu schreiben.<sup>10</sup> Es war ein weiterer Beweis, daß die neue Regierung entschlossen war, mit den alten Vorurteilen von der göttlichen Unnahbarkeit des Kaisers zu brechen. Das hatte sich auch schon am 4. September anläßlich des Besuches des Duke of Edinburgh gezeigt, der eine Audienz beim Tennô erhalten hatte, welcher allerdings besorgte Beratungen im Schoß der japanischen Regierung vorhergegangen waren. Aber die fortschrittlichen Berater des Kaisers hatten schließlich durchgesetzt, daß eine neue Hofetikette geschaffen wurde, die den Empfang ermöglichte,<sup>11</sup> sehr zum Unterschied von China,<sup>12</sup> das von nun an immer altmodischer wirkte neben dem aufstrebenden Inselreich.

Leider konnte die Regierung noch nicht überall großzügig sein. Obwohl die Japaner versprochen hatten, Milde gegen die Christen walten zu lassen, erhielten die fremden Vertreter im Mai 1869 wieder Nachrichten von Verfolgungen auf den Gotôinseln. Im Januar 1870 begann die Verfolgung aufs neue, obwohl der Versuch, den eingeborenen Christen außer ihrem Bekenntnis zur verbotenen Lehre eine Gesetzeswidrigkeit nachzuweisen, vollständig mißlang. 2810 Personen wurden zur Strafarbeit auf 19 Klans verteilt. Die Protestnoten der Gesandten fruchteten nichts. Die Regierung hielt daran fest, daß sie keinen Haß gegen die christliche Religion schlechthin habe, ihr Vorgehen sei lediglich durch politische Beweggründe bestimmt. Sie habe eine hohe Meinung vom Christentum und der Kulturhöhe christlicher Nationen. Die Einführung des Christentums in Japan sei aber gegenwärtig unmöglich wegen der Folgen, die sich in einem Lande ergeben könnten, wo es eine eigene Staatsreligion gebe.<sup>13</sup> Die Grundlage der Herrschaft des Kaisers liege in dem göttlichen Recht, das er als Abkömmling der Götter auf die Regierung habe. Die Christen aber leugneten seine göttliche Abstammung und seien in ihrer Mißachtung des Tennô ein schlechtes Beispiel für die übrigen Bewohner.<sup>14</sup> Nach dem unbefriedigenden Verlauf einer Konferenz der japanischen Minister und fremden Gesandten am 19. Januar 1870 bat Sir Harry am 20. einen Minister um eine rückhaltlose Meinungsäußerung. Dieser stellte erneut die Wichtigkeit der Stellung des Tennô in der Verfassung heraus und fürchtete die Angriffe auf die geistliche Oberhoheit um

so mehr, als er das Christentum dem Shintôismus und Buddhismus überlegen hielt. Er meinte, den Fortschritten Japans in der westlichen Wissenschaft werde die Denkfreiheit von selbst folgen. Die größte Sorge bereitete ihm der Gedanke, die politischen Gegner der neuen Regierung könnten die Christenfrage zur Erregung eines fremdenfeindlichen Fanatismus benutzen.<sup>13</sup>

Die Regierung hatte am 19. Januar versprochen, wenigstens die Verschickung der Gefangenen zu verhindern. Dazu war es aber bereits zu spät. Der holländische Konsul in Nagasaki meldete die Versendung von 3170 Männern, Frauen und Kindern. Schon erwachte bei einigen Vertretern wieder das alte Mißtrauen gegen eine Regierung, die durch die fremdenfeindliche Partei ans Ruder gekommen war.<sup>14</sup> Dennoch kam man am 9. Februar zu einer vorläufigen Einigung, indem die fremden Vertreter die Erklärung abgaben, daß sie mit allen verfügbaren Mitteln die fremden Missionare davon abhalten würden, außerhalb der Fremdenniederlassungen zu predigen, und daß sie dieselben nötigenfalls bestrafen wollten, vorausgesetzt, daß die von Urakami bei Nagasaki fortgeschafften eingeborenen Christen zurückgebracht würden.<sup>15</sup>

Parkes hielt eine weitere Erörterung der Christenfrage für nutzlos. Iwakura hatte ihn überzeugt, daß die japanische Regierung so entgegenkommend sein werde wie nur möglich. Die Mächte sollten keinen Druck in der Christenfrage auf sie ausüben, weil sie dann entweder über die inneren oder über die äußeren Schwierigkeiten stolpern und stürzen müsse. „Die fremden Mächte sollten uns keine Vorwürfe machen, denn sie kennen unsere Schwierigkeiten nicht.“<sup>16</sup> Der englische Geschäftsträger Adams überzeugte sich noch im Dezember 1871, daß vorläufige Zurückhaltung in der christlichen Mission das Beste sei. Iwakura habe ihn darauf hingewiesen, wie notwendig es sei, daß das Volk an die göttliche Abkunft des Kaisers glaube, denn nur dieser Glaube habe die wenigen Hofadligen befähigt, die Klans um den Souverän zu sammeln. Wenn dieses Gefühl nicht geherrscht hätte, wären der Fürstregent von Satsuma und die anderen Großen nie mit einer Rolle zweiten Ranges zufrieden gewesen, sondern würden dem gestürzten Shôgun lieber in seinem Amte nachgefolgt sein.<sup>17</sup> Diese Worte Iwakuras zeigen deutlich genug, daß die Regierung es für notwendig hielt, die Göttlichkeit des Kaisers zur Grundlage seiner Regierung zu machen.



Die Christenverfolgungen waren jedoch nur ein Symptom der großen Unzufriedenheit und Unsicherheit, die weite Kreise des japanischen Volkes erfaßt hatte. Noch immer bestand nämlich keine Klarheit, in welcher Richtung der weitere Ausbau des Reiches vor sich gehen würde, noch immer kämpften die verschiedenartigsten Strebungen mehr oder minder versteckt um die Möglichkeit, den neuen Staat im Sinne ihrer Ziele zu formen oder wenigstens seine Gestaltung zu beeinflussen. Nur die wichtigsten Gruppen schildert Brandt in einem Bericht vom 25. Januar 1870:<sup>20</sup> Die durch den Sturz des Shōguns zur Macht gekommene Partei sei nichts weniger als einig. Während der Fürst und die Samurai von Satsuma sich als willenlose Werkzeuge in den Händen einzelner Agitatoren wie Ōkubo, Iwashita u. a. befänden, bestehe in den meisten Daimyaten ein gewisses patriarchalisches Verhältnis, das die Kerai an ihren Herrn binde und es dem letzteren fast unmöglich mache, Jahrhunderte alte Gebräuche selbst zugunsten einer größeren Zentralisation abzuschaffen. Das Streben der Satsuma-Partei gehe dahin, aus den Kerai gewissermaßen einen tiers état zu schaffen, in dessen Händen unter der nominellen Herrschaft des Tennō und vielleicht einiger ebenso nomineller Minister die wirkliche Gewalt liegen solle. Um zu diesem Ziele zu gelangen, müßte aber vor allem die feudale Verfassung der Klans aufgegeben und in eine mehr demokratische verwandelt werden. Da das keineswegs das Ziel anderer Klans wäre, seien die mächtigsten siegreichen Daimyō von Satsuma abgerückt. In einem Gegenvorschlag forderten sie vor allem Selbstverwaltung der Klans durch eigene Beamte, Bewahrung der Stammeseigentümlichkeiten und Erhaltung der Einkünfte ihrer verschiedenen Angehörigen, selbständige Gerichtsbarkeit und Festsetzung der von den einzelnen Klans zu unterhaltenen Anzahl von Soldaten. Derartige Forderungen machten eine starke Zentralgewalt von vornherein unmöglich, zumal sie von den meisten Fürsten und der Mehrzahl der Samurai unterstützt würden. Auch von der Durchführung der sogenannten Reformen sei noch nichts zu merken. Zwar betrage die Zivilliste der Fürsten ein Zehntel des Gesamteinkommens des Klans, aber die anderen neun Zehntel verblieben dem Klan und würden von ihm selbst verwaltet. Zwar sollten der Zentralregierung etwaige Überschüsse zufließen, aber das dürfte wohl nur erwähnt sein, um sie auch zur Deckung

etwaiger Unterschüsse heranziehen zu können. „Ähnlich verhält es sich mit allen sogenannten Reformen, und ich glaube nicht, daß sich in der inneren Verwaltung seit den letzten 2 Jahren ein Fortschritt zum Besseren gezeigt hat. An phrasenhaften Dekreten, Manifesten, Petitionen und Anerbietungen hat es freilich nicht gefehlt, aber das einzige greifbare Resultat ist der finanzielle Ruin des Landes.“

Es ist ein erschütterndes Bild, das der deutsche Geschäftsträger hier malt; es überhebt uns der Notwendigkeit, all die Nöte und Widerstände darzustellen, durch die das neue Japan gehen mußte. Es ist ein Bild rauher Wirklichkeit, das uns gleichzeitig noch einmal zeigen mag, daß viele Probleme, deren Lösung man in der Revolution zu sehen geneigt ist, sich erst nach dem Umschwung in aller Deutlichkeit zeigten, daß die Revolution von 1868/69 nicht nur Restauration gewesen ist. Das Kaisertum hatte seinen Siegeszug in Japan erst begonnen.

Auch die äußeren Angelegenheiten beanspruchten die volle Aufmerksamkeit der Tōkyōter Regierung. Viel Mühe hatten die Japaner mit der Aufrechterhaltung ihrer Neutralität im deutsch-französischen Kriege, der in einem für Ostasien überaus ungünstigen Augenblick ausbrach. Denn die Spannung war in China durch das Massakre von Tientsin gerade aufs Höchste gestiegen. Die Franzosen, die deshalb für den Schutz ihrer Belange die Hände frei behalten mußten, schlugen den Deutschen den Abschluß eines vorläufigen Neutralitätsabkommens für die ostasiatischen Gewässer vor. Jedoch wurde das Abkommen, auf das sich die Kriegsschiffskommandanten und Diplomaten geeinigt hatten, durch die französische Revolutionsregierung später nicht verlängert.<sup>21</sup> Die Neutralitätserklärung, die vom Tōkyōter Auswärtigen Amt nach dem Eintreffen der Nachricht von der Kriegserklärung Frankreichs an Preußen veröffentlicht worden war, wurde der Gegenstand erregter Auseinandersetzungen, in die nicht nur die japanische Regierung, sowie die Vertreter Frankreichs und des Norddeutschen Bundes, sondern auch die übrigen Diplomaten hineingezogen wurden.<sup>22</sup>

Parkes meinte, die Japaner hätten wohl einige Schwierigkeiten bei der Redaktion dieses Staatsdokumentes gehabt, welches das erste dieser Art sei, das sie je veröffentlicht hätten.<sup>23</sup> Tatsächlich



war M. Outrey, der französische Gesandte in Tôkyô, mit dem Wortlaut der Erklärung nicht einverstanden, die deshalb nach den Vorschlägen von Brandt und Outrey geändert wurde.<sup>24</sup>

Am 11. Oktober erhob Brandt gegenüber den neutralen Kollegen Einspruch gegen die Verfolgung des deutschen Handelsdampfers „Rhein“ durch die französische Korvette „Sinois“ beim Verlassen des Hafens Yokohama und forderte 24-stündige freie Vorfahrt auch für Handelsschiffe. Außerdem sollte die Regierung den Kriegführenden verbieten, die japanischen Häfen zu einer Operationsbasis zu machen. Diese Forderungen des deutschen Vertreters erhielten die Unterstützung der neutralen Diplomaten, und Brandt kündigte an, daß er sie dem japanischen Auswärtigen Amt sofort vorlegen und, falls die nötigen Änderungen nicht vorgenommen würden, die Entfernung der französischen Streitkräfte und Lager aus Yokohama sowie das Verlassen ihres Hospitals und der Baracken fordern werde.<sup>25</sup> Aber der französische Gesandte war zu den von Brandt geforderten Änderungen nicht bereit. Er erklärte, die zweite Neutralitätserklärung habe den Charakter eines zwischenstaatlichen Abkommens, das ohne die Zustimmung der Vertreter beider kriegführender Mächte von der japanischen Regierung nicht geändert werden könne. Die anderen Vertreter hielten die Auffassung Outreys, daß ein Kriegsschiff einer kriegführenden Macht einem Handelsschiff der anderen kriegführenden Macht sofort beim Verlassen eines japanischen Hafens folgen könne, für nicht mit den allgemein angenommenen Grundsätzen des Völkerrechts vereinbar.<sup>26</sup> Sie legten deshalb Wert darauf zu betonen, daß diese Neutralitätserklärung keinen Präzedenzfall schaffe und nur für den gegenwärtigen Kriegszustand Geltung haben könne.<sup>27</sup>

Inzwischen hatte die japanische Regierung jedoch den deutschen Forderungen stattgegeben, weil diese ihr so vernünftig vorkamen, daß sie französische Einwendungen nicht erwartete.<sup>28</sup> Aber Outrey bezeichnete die Einführung dieser Änderungen als Verletzung des Abkommens und erklärte, daß die französischen Kriegsschiffe sich nur durch die bekanntgemachte Neutralitätserklärung leiten lassen würden. Brandt hatte sich auf das Drängen seiner Kollegen zu bedeutenden Zugeständnissen bereit erklärt, aber die Vermittlungsversuche von Parkes und des amerikanischen Ge-

sandten die Long scheiterten ebenso sehr an der Unnachgiebigkeit Outreys<sup>29</sup> wie die Einigungsversuche des Außenministers Terashima.

Da die französische Regierung die Neutralisierung der japanischen und chinesischen Gewässer trotz der Bemühungen Englands und der Vereinigten Staaten nicht hatte bewilligen wollen,<sup>30</sup> sammelten sich nach englischer Zählung<sup>31</sup> in den Häfen von Singapur, Siam, China und Japan 164 deutsche Schiffe, die das Kriegsende erwarteten. Am 19. Februar, also am Tage des Ablaufens, traf in Japan die Drahtnachricht ein, daß am 28. Januar ein 21tägiger Waffenstillstand abgeschlossen sei. Die Schiffe brauchten nicht mehr lange zu warten, kurze Zeit später verließen sie die Häfen als stolze Sendboten eines großen Reiches, das seinen Einfluß sicher bald auch in Ostasien fühlbar machen würde.

Einen mächtigen Schritt vorwärts bedeutete für Japan die Aufnahme vertraglicher Beziehungen zu China. Am 13. September 1871 schloß Date von Uwajima mit dem Reich der Mitte einen Friedens- und Freundschaftsvertrag<sup>32</sup> auf dem Boden völliger Gleichberechtigung ab. In Tôkyô war man jedoch gar nicht mit dem Werk des alten Date zufrieden, das nicht einmal die Meistbegünstigung sicherte, die Japan den anderen Mächten gleichberechtigt gemacht hätte, und außerdem eine Bestimmung enthielt, die bei den fremden Gesandten peinliches Aufsehen erregen mußte, weil sie dem Vertrag den Charakter eines Schutz- und Trutzbündnisses gab. Die Zusicherung gegenseitigen Beistandes, wie der Artikel 2 sie enthielt, an ein Land wie China, wo noch kürzlich das Tientsin-Massakre möglich gewesen war, mußte die europäischen Mächte in Aufregung bringen, sobald der Wortlaut des Vertrages bekannt wurde. In Japan erfuhr der englische Geschäftsträger zuerst davon. Er warnte Iwakura sofort dringend davor, den Artikel zu ratifizieren, was dieser auch nicht wollte.<sup>33</sup> Date war von den klugen Chinesen glatt übertölpelt worden, indem sie es verstanden hatten, ihm nachzuweisen, daß Japan damit gegenüber China keine andere Verpflichtung übernehme als die Vereinigten Staaten es schon getan hätten.<sup>34</sup> In Wirklichkeit hatten die Vereinigten Staaten in ihrem Vertrag nur ihre Vermittlung (good offices) zur friedlichen Regelung von Streitfällen zugesagt. Welche Fehler und Mängel dieser erste Vertrag des neuen Japan mit

China aber auch haben mochte, er war schon durch sein bloßes Vorhandensein wichtig, da China hier zum erstenmal in bindender Form der bisher beanspruchten Oberherrlichkeit über Japan unbedingt entsagte.<sup>35</sup>

Durch chinesische Indiskretion wurde der Wortlaut des Vertrages in Japan bald bekannt und die Furcht, daß dieses der Beginn einer panasiatischen Politik — womöglich gar gemäß den reaktionären Wünschen Chinas — sein könnte, lastete auf den europäischen Gesandten, die auf Auslassung des Artikels 2 des Vertrages drängten.<sup>36</sup> Besonders unangenehm muß de Long überrascht gewesen sein. Er hatte schon nach den ersten Gerüchten von der bevorstehenden Entsendung einer Gesandtschaft nach China in Tôkyô vor einem Bündnis mit diesem Staate gewarnt und beruhigende Zusicherungen erhalten. Dennoch schien jetzt die unglückliche Wendung, die er bis zum Juli zu verhindern sich bemüht hatte, nämlich, daß Japan zu einem Bündnis mit China gedrängt würde, eingetreten zu sein. Er hatte dieses Bündnis verhindern wollen, weil er in Japan eine Macht sah, die alle Kulturstaaen als Verbündeten begrüßen könnten und als Gegner fürchten müßten, sobald es Streitigkeiten mit China oder in Korea geben würde.<sup>37</sup> Staatssekretär Fish hatte de Longs Vorgehen sogar „statesmanlike“ genannt — zu einem solchen Urteil gab dieser Gesandte nicht oft Grund — und es als ratsam bezeichnet, die Japaner zu veranlassen, daß sie sich von der chinesischen Abschließungspolitik so weit wie nur möglich fernhielten.<sup>38</sup> Und jetzt war diese Wendung gekommen!

Premierminister Sanjô versicherte, daß die Bestätigung des Vertrages nur dann in Frage komme, wenn die chinesische Regierung den Artikel als nicht für den Kriegsfall geltend ansehen wolle.<sup>39</sup> Diese Auslegung legte den Vorschlag nahe, den Artikel überhaupt auszulassen, wenn er doch nicht ernst gemeint sei. Außenminister Soyeshima erläuterte später gegenüber Brandt den Artikel so, als sei er nur im Sinne moralischer Hilfeleistung aufzufassen, da China Japan sonst ja auch im Kriegsfall gegen Korea helfen müßte.<sup>40</sup> Es gab gar keine Gefahr eines chinesisch-japanischen Bündnisses! Schon die Ereignisse der nächsten Zeit sollten zeigen, wie groß die Gegensätze zwischen beiden Reichen waren, besonders nachdem man in Tôkyô erkannte, daß die Feindschaft der Koreaner von Peking aus geschürt wurde.

Die Berichte der Gesandten im Jahre 1871 sind voll von Befürchtungen um das Fortbestehen der Regierung. Aber während jeder Fremde glaubte, das unzufriedene Satsuma werde die ganze Macht ergreifen und Shimazu Saburô zum Shôgun machen,<sup>41</sup> hatten die Tôkyôter Staatsmänner den Sat-Chô-To-Bund durch die oben erwähnte Kabinettsneubildung wiedererweckt, die vielen unwissenden Kuge in ihre frühere Bedeutungslosigkeit zurückgewiesen und an ihre Stelle „meistens Leute gerückt, die entschieden fremdenfreundlich und für die enge Verbindung Japans mit den europäischen Staaten enthusiastisch eingenommen“<sup>42</sup> waren.

Als Brandt einmal den Staatsrat Ôkuma nach den Gründen für die unblutige Beseitigung des Feudalsystems fragte, erwiderte dieser, die persönlichen Widersacher der Regierung seien zu feige gewesen, die Schwätzer und Schreier seien unter verschiedenen Vorwänden schon vorher ins Ausland geschickt worden und die Gegner aus edleren Gründen habe die Regierung zu überzeugen gewußt, daß die staatliche Stellung Japans den fremden Mächten gegenüber eine stärkere und ehrenvollere sein werde, wenn an die Stelle der feudalen Zersplitterung eine starke Zentralgewalt trete. — Hier zeigt sich deutlich, wie geschickt auch fernerhin die „Parvenus“ aus dem Süden die Parole „Ausland“ für die Erreichung innerer Ziele anzuwenden verstanden. Daß sie in dem umgekehrten Verfahren keine geringere Erfahrung hatten, wissen wir zur Genüge.

Brandt sah denn auch in der erwähnten Antwort den „Schlüssel zu der Geschichte der jüngsten Vergangenheit, Beweggrund für die jetzige Handlungsweise der japanischen Regierung und eine ernste Gefahr für die Zukunft“. Der Japaner sei stolz auf sein Land und habe eine übermäßig hohe Meinung von der Würde und Bedeutung desselben. Sich im Verkehr mit den Vertragsmächten anders behandelt zu sehen als die zivilisierten Staaten, und den Fremden die Rechte der Exterritorialität zugestehen zu müssen, verletze ihn tief. So sei es erklärlich, daß Mitglieder der altjapanischen fremdenfeindlichen Partei der neuen Regierungsform ihre Zustimmung gaben, als die Verfechter derselben in ihnen die Hoffnung zu erwecken wußten, daß mit der Herstellung einer starken Zentralgewalt Japan gleichberechtigt in den Kreis der Vertrags-



mächte eintreten und die beschämenden Einschränkungen fortfallen würden. Diese Hoffnung auf eine solche Veränderung der staatlichen Stellung Japans bilde den Punkt, um den sich die ganze innere und äußere Regierung drehe. Jede Erörterung mit höheren Regierungsbeamten werde von diesen mit dem Satz eingeleitet: „Jetzt, da Japan eine Nation ist . . .“, und am Schluß heiße es dann: „So geschieht's in England, Amerika usw. und wir sind auch eine Nation wie die anderen und haben dieselben Rechte.“

Brandt glaubte, daß die Regierung sich etwas künstlich und vielleicht nicht ohne Zutun des amerikanischen Gesandten, der die Gelegenheit günstig fand, dem englischen Einfluß Abbruch zu tun, in diese Stimmung hineingearbeitet habe, die eine große Gefahr für die Zukunft bedeute, da ein bitteres Gefühl der Enttäuschung nicht ausbleiben könne, wenn die Verhandlungen bei der Revision der Verträge den Beweis lieferten, daß die Mächte nicht gesonnen seien, „die zur Sicherung der Interessen ihrer Untertanen in die Verträge aufgenommenen Bestimmungen für einige mehr oder weniger hochtönende Phrasen von japanischer Zivilisation und Nationalbewußtsein aufzugeben“. Diese Enttäuschung müsse sich dann gegen die Regierung auswirken oder gegen die Fremden wenden, die den in den Augen der Japaner berechtigten Forderungen nicht nachgeben wollten. Eine besondere Gefahr sah der deutsche Geschäftsträger in den jungen Leuten, die jetzt die „Faktoten“ der leitenden Staatsmänner waren, weil diese letzteren sich den fremden Sitten und Anschauungen gegenüber sehr unsicher fühlten. Diese „Wunderkinder“, die blind für die Nation zu schwärmen pflegten, in der sie ihre oberflächliche Erziehung erhalten hätten, befänden sich meistens in der Lage des Mannes, der nur ein Buch gelesen hat, und hielten starr an den Ideen fest — und möchten dieselben noch so falsch und unpraktisch sein —, die auf irgendeine Weise zu ihrer Kenntnis gekommen seien.<sup>43</sup> Das war keine gute Voraussage desjenigen fremden Vertreters, der am längsten in Japan gewirkt hatte, für die neue japanische Politik, die ihren Ausdruck fand in der Entsendung einer Gesandtschaft der bedeutendsten Männer der Regierung nach Europa und Amerika.

## Zweites Kapitel.

### Die Iwakura-Gesandtschaft.

Schon bald nach der Mächtigkeitsübernahme hatte die neue Regierung den Wunsch ausgedrückt, die Verträge sollten überprüft werden. Aber sie hatte ihre eigene Anregung wohl noch nicht einmal vollständig durchdacht, denn als die fremden Vertreter um Vorschläge baten, machte sie zunächst keine und teilte schließlich im Januar 1870 mit, daß sie es nach weiterer Erwägung als unerwünscht ansehe, die Revision vor dem vertragsmäßig festgesetzten Termin, nämlich dem 1. Juli 1872, zu verlangen.<sup>44</sup> Am 13. Mai 1871 erhielt Sir Harry von Außenminister Terashima eine private Denkschrift<sup>45</sup> über die Vertragsrevision, und im November teilte Iwakura dem englischen Geschäftsträger mit, daß die Entsendung einer besonderen Gesandtschaft nach Europa und Amerika beschlossen sei. Daraufhin befürwortete Mr. Adams die Sendung hoher Persönlichkeiten, die in den Ereignissen der letzten Jahre eine bedeutende Rolle gespielt hätten.<sup>46</sup> Das veranlaßte die Japaner zur Ernennung Iwakuras zum Sonderbotschafter, dem Kido, Okubo, Itô und Yamaguchi beigegeben wurden.

Am 23. Dezember 1871 fuhr die Gesandtschaft mit 44 diplomatischen Beamten in Begleitung de Longs nach Amerika ab und wurde am 4. März 1872 von Präsident Grant empfangen. Die Aufgaben der Gesandtschaft bestanden nach ihrer Vollmacht darin, die Freundschaft und friedlichen Beziehungen zu festigen, über die derzeitige Lage Japans Aufklärung zu geben und die Einrichtungen anderer Nationen in Augenschein zu nehmen, damit Japan seine Regierungsform und Gebräuche verbessern könne, um allmählich einen Zustand zu erreichen, der dem anderer Völker nicht nachstehe.<sup>47</sup> Gleichberechtigung und Souveränität war Japans Ziel, das nur über die Beseitigung der Exterritorialität und Herstellung der japanischen Zollhoheit, also Revision der Verträge, zu erreichen war.



Während die Japaner nach dem Schreiben Kaiser Mutsuhitos an die verschiedenen Souveräne und den Präsidenten der Vereinigten Staaten aber erst nach der Rückkehr der Gesandtschaft nach Japan die Verhandlungen darüber aufnehmen wollten, legte die Washingtoner Regierung besonderen Wert darauf, daß sofort verhandelt werde, da man im nächsten Jahr mit großen Änderungen in der amerikanischen Verwaltung rechnen müsse. In Wirklichkeit waren andere Gründe wohl schwerwiegender als dieser. In demselben Maße wie der Stern Sir Harrys stieg, war nämlich der amerikanische Einfluß in Japan in den letzten Jahren zurückgegangen. Dieses Absinken des amerikanischen Einflusses setzte schon in der Zeit Pruyns ein, nicht nur wegen der Machtlosigkeit der Amerikaner in Ostasien als Folge des Sezessionskrieges, sondern auch wegen der Persönlichkeit dieses Gesandten,\*) dessen Nachfolger seinem Lande die alte Stellung nicht wieder zu erobern vermochten, zumal der englische Gesandte aus der Führerrolle nicht mehr verdrängt werden konnte. Die Revolution des Südens, an der die jungen englischen Gesandtschaftsmitglieder einen nicht unwesentlichen Anteil gehabt hatten, hatte nicht nur den französischen sondern auch den amerikanischen Einfluß erheblich vermindert. „Mit dem Sturz des Taikuns sank Amerikas Ansehen in Japan; denn mit ihm gingen alle die Machthaber in die Verbannung, deren Geist zuerst Eindrücke fremder Macht und Weisheit von den Schatten der Flotte Perrys und den weisen Ratschlägen unseres ersten Ministers, Mr. Harris, einsog.“<sup>48</sup>

Der Gesandte de Long empfand die alte Anweisung zu einer Politik der Zusammenarbeit mit den übrigen Vertretern, die das A und O der Ostasienpolitik des Staatssekretärs Seward gewesen war, als eine unangenehme Fessel, die in erster Linie den britischen Belangen zugute kommen mußte. Schon am 19. Januar 1871 ersuchte er um eine Milderung dieser Regel.<sup>49</sup> Wenn Staatssekretär Fish sich auch zur Aufgabe dieser Politik noch nicht hatte entschließen können, so sah man in Washington in der Iwakura-Gesandtschaft doch eine Möglichkeit, den verlorenen Einfluß auf die Japaner wiederzugewinnen. Die Amerikaner warnten die Botschafter vor dem Abschluß weiterer gemeinsamer Verträge<sup>50</sup> und befürworteten Einzelverhandlungen mit den verschiedenen Mäch-

---

\*) Vgl. Siemers, Japans Eingliederung in den Weltverkehr S. 77; 130.

ten. Iwakura erklärte sich nach anfänglichem Sträuben in der Tat am 13. März doch zur sofortigen Eröffnung von Verhandlungen bereit.<sup>51</sup>

In der entscheidenden Frage der Konsulargerichtsbarkeit für Amerikaner einigte man sich schließlich so weit, daß dieselbe aufgehoben werden solle, sobald Japan ein neuzeitliches Gesetzbuch nach westlichem Muster eingeführt und örtliche Gerichtshöfe eingerichtet hätte, welche ihren Aufgaben gewachsen wären. Aber der Schlußsatz der amtlichen Stellungnahme der Vereinigten Staaten zur Frage der Exterritorialität war nicht sehr verheißungsvoll. Er lautete ganz schlicht: „The difficulty will be to know when the courts are satisfactory“.<sup>52</sup> Und Fish meinte einige Tage danach, es werde einige Zeit in Anspruch nehmen, zu zeigen, daß die Gerichtshöfe „satisfactory“<sup>53</sup> seien. Die Aufhebung der Exterritorialität war damit praktisch für die nächsten Jahre abgelehnt.<sup>54</sup> Zur Frage der Zollautonomie bemerkte Fish, die Japaner würden mit anderen Vertragsmächten größere Schwierigkeiten haben als mit den Vereinigten Staaten, betonte aber gleichzeitig, daß Japan nicht alle Rechte anderer Regierungen beanspruchen könne, solange es nicht das ganze Land den Fremden öffne.<sup>55</sup>

Man war also von einer Einigung noch recht weit entfernt, als die neuen Weisungen der japanischen Regierung eintrafen. Am 19. März 1871 waren nämlich Ōkubo und Itô nach Japan zurückgereist, um Vollmachten für den Vertragsabschluß zu holen.<sup>56</sup> Der englische Geschäftsträger in Tôkyô, den Außenminister Soyeshima von den amerikanischen Vertragsplänen in Kenntnis setzte, bezeichnete die ganze Sache als ein Wahlmanöver der Washingtoner Regierung. Auch mußten die europäischen Staaten nach dem Ersuchen der Japaner, die Revision bis zur Rückkehr der Gesandtschaft zu verschieben, den Vertragsabschluß vor dem Europabesuch der Botschafter als eine Beleidigung ansehen.<sup>57</sup> Da Soyeshima sich dieser Auffassung anschloß, wurde der Plan, mit jedem Lande einzeln abzuschließen, nach lebhaften Erörterungen im Staatsrat abgelehnt. Soyeshima bezeichnete es als geradezu lächerlich, daß die Botschafter, die zur Empfangnahme und Abgabe von Aufklärung entsandt worden seien, schon bei dem Besuch eines Landes ihre Meinung änderten, indem sie vorgäben, in diesem einen Lande genug erfahren zu haben. Er erkannte richtig, daß die Bot-

schafter in Washington überredet worden waren, und verhinderte den plötzlichen Abschluß des Vertrages mit den Vereinigten Staaten.

Unmittelbar nach dem Erhalt dieser Note brach der deutsche Gesandte, der seit zwei Monaten wieder in Japan weilte, in Begleitung des bisherigen englischen Geschäftsträgers in Japan, Adams, nach Europa auf, um in Berlin für die Iwakura-Verhandlungen zur Verfügung zu stehen. Ende Juni trafen die beiden Diplomaten in Washington ein. Sie hielten gegenüber Iwakura nicht mit der Auffassung zurück, daß es eine große Unhöflichkeit sei, daß die Gesandtschaft sich so lange in den Vereinigten Staaten aufhalte und die europäischen Mächte einfach warten lasse.<sup>58</sup> Brandt betonte, wie nachteilig es für Japan sein würde, in jedem Staat einzeln Revisionsverhandlungen zu führen, da auf diese Weise jedes Land ohne weiteres auf Grund der Meistbegünstigungsklausel alle Rechte in Anspruch nehmen könne, die den Regierungen gewährt seien, mit denen die Verhandlungen schon abgeschlossen wären. Jeder folgende Staat würde deshalb nicht eher einen neuen Vertrag schließen, als bis er weitere Zugeständnisse erhalten hätte, so daß Japan auf diese Weise wahrscheinlich mehr verliere, als wenn es mit allen Mächten gemeinsam verhandeln würde.<sup>59</sup> Selbstverständlich verfehlten diese Ausführungen nicht ihre Wirkung auf Iwakura, daß sie aber, wie Ariga ausführt, der alleinige Grund für den plötzlichen Abbruch der Verhandlungen in Washington gewesen sein sollen, das müßte selbst dann sehr unwahrscheinlich klingen, wenn es keine Beweise gäbe, daß der Hauptgrund anderswo zu suchen ist.<sup>60</sup>

In Wirklichkeit fiel die Entscheidung in Washington erst am 20. und 22. Juli. Fish fragte am 20. Juli Iwakura, ob er in der Verhandlung eines Vertrages fortfahren wolle, der in Washington zu unterzeichnen wäre. Darauf teilte der Botschafter ihm mit, daß seine Instruktionen ihn anwiesen, zu ersuchen, daß die Vereinigten Staaten einen bevollmächtigten Vertreter zum Vertragsabschluß nach einem passenden anderen Ort entsenden möchten. Der Präsident hielt es aber nicht mit der Würde der Vereinigten Staaten vereinbar, daß ihr Vertreter den Botschaftern über den Atlantik folge, um einen Vertrag zu unterzeichnen. Außerdem hätten die U.S.A. es immer abgelehnt, an einem Kongreß oder einer Konferenz

zum Abschluß irgendeines Handels- oder Freundschaftsvertrages teilzunehmen.<sup>61</sup>

Am 22. Juli kehrten Okubo und Itô zurück. Die Weisungen, die sie mitbrachten, waren klar genug. Die Botschafter wurden zum Abschluß eines Vertrages in Washington nicht ermächtigt, vielmehr solle derselbe in Europa stattfinden, wo man eine Konferenz mit sämtlichen Vertragsmächten abzuhalten wünschte. Damit war die letzte Hoffnung auf eine Einigung in Washington geschwunden.

Die Vereinigten Staaten konnten aus verschiedenen Gründen den Japanern noch am weitesten entgegenkommen. Zuerst in der Frage der Zollhoheit, da sie sowieso darauf hinarbeiteten, der Stapelplatz der Erzeugnisse Chinas und Japans zu werden. Ihnen konnte die Erhöhung der japanischen Einfuhrzölle gegen eine Senkung der Ausfuhrzölle nur erwünscht sein, sehr im Gegensatz zu den europäischen Mächten, besonders England, denen an niedrigen Einfuhrzöllen liegen mußte. Hätte also ein großzügiges freundschaftliches Entgegenkommen in der Zollfrage sich schon wegen der daraus erhofften wirtschaftlichen Folgen verlohnt, so hätte es sich in der Exterritorialitätsfrage wahrscheinlich bald durch verstärkten amerikanischen Einfluß in Japan bezahlt gemacht. Dieser verstärkte Einfluß auf die strategisch so wichtige gegenüberliegende pazifische Küste und die damit verbundene politische Stärkung der sich entfaltenden amerikanischen Großmacht würde wieder den amerikanischen Fernosthandel gefördert haben.

Trotz dieser bedeutenden Vorteile sind die Vereinigten Staaten, wie wir oben gesehen haben, in keinem Abschnitt der Verhandlungen bereit gewesen, die bedingungslose Zollhoheit und erst recht nicht die Aufhebung der Konsulargerichtsbarkeit zuzugestehen. Verständlicherweise kamen Verhandlungen in London, wohin sich die Gesandtschaft nun begab, sowie in den Hauptstädten der anderen Vertragsmächte auf der Grundlage der von den Japanern geforderten Gleichberechtigung gar nicht erst zustande.<sup>62</sup> Es verlohnt sich deshalb auch nicht, hier auf ihre Versuche zur Anknüpfung solcher Verhandlungen in London einzugehen, die schon deshalb ergebnislos bleiben mußten, weil die Japaner nichts zu bieten hatten.



Da sie auch in den anderen Staaten Europas der gleichen Abneigung gegen die Revision begegneten und ihnen überall dieselben Forderungen nach weiterer Öffnung des Landes und Gewissensfreiheit für die japanischen Christen entgegengebracht wurden, trat der Hauptzweck der Gesandtschaft immer mehr in den Hintergrund, und die Japaner beschränkten sich schließlich immer mehr auf das gründliche Studium der europäischen Verhältnisse, so daß der belgische Minister Baron Lambert zum deutschen Geschäftsträger äußerte, man könne diese Abgesandten trotz ihrer Beglaubigungsschreiben kaum anders denn als Touristen von hohem Range bezeichnen.<sup>63</sup> Wie gering die politische Bedeutung war, die man der Gesandtschaft noch beimaß, zeigt sich darin, daß Brandt schon vor ihrer Ankunft in Berlin wieder auf seinen Tōkyōter Posten zurückgekehrt war.

Am 10. März 1873 wurde die Gesandtschaft, als deren faktisches Haupt Iwakura und als deren Seele Itō angesehen wurde, von Kaiser Wilhelm empfangen. Iwakura brachte dabei das große Interesse zum Ausdruck, mit dem der Tennō „die glänzende Herstellung und Befestigung des deutschen Kaiserreichs“ verfolgt habe und bezeichnete sich als den Träger des Ausdrucks „der wärmsten Bewunderung unseres Souveräns für die Kraft und den Ruhm, welche bei der Entwicklung dieser Ereignisse an den Tag getreten sind“.<sup>64</sup> Diese Worte stimmten trotz ihres herkömmlichen Charakters mit der wirklichen Gesinnung des Tennō überein, denn auch Brandt berichtete wiederholt, daß die Sympathie für Deutschland und besonders die Person des Kaisers in der Umgebung des Tennō sehr groß sei.

Nach einer Weltreise von 23 Monaten, auf der sie durch Nordamerika, England, Frankreich, Belgien, Holland, Deutschland, Rußland, Dänemark, Schweden, Italien, Österreich, Ungarn und die Schweiz gekommen waren, kehrten die japanischen Sonderbotschafter im September 1873, reich an westlichem Wissen und tief beeindruckt von abendländischer Kultur, wieder in ihr Vaterland zurück. Sie kamen zu einer Zeit höchster politischer Spannung.

### Drittes Kapitel.

#### Japans frühe Asienpolitik.

Während die Botschafter in Amerika und Europa weilten, griff Japan unter der Führung seines tatkräftigen neuen Außenministers zum erstenmal mutig eine internationale Frage auf und löste sie in einer Weise, die ihm in weiten Kreisen ein Gefühl der Zuneigung erwarb. Im Juli 1872 wurde die peruanische Barke „Maria Luz“ nach Yokohama verschlagen. Ihr Kapitän ersuchte den amerikanischen Geschäftsträger Shephard um Schutz und Beistand. Dieser lehnte das Ersuchen jedoch ab, weil er erfahren hatte, daß das Schiff chinesische Kulis an Bord hatte.<sup>65</sup> Ein Kuli, der einige Tage danach von Bord entfloh, gab den japanischen Behörden einen schlimmen Bericht über die Verhältnisse an Bord. Das schriftliche Ersuchen des englischen Geschäftsträgers Watson an den Außenminister Soyeshima, eine Untersuchung dieser Angelegenheit vorzunehmen, wurde auch von dem amerikanischen Geschäftsträger unterstützt.<sup>66</sup> Soyeshima zögerte nicht lange mit seinem Eingreifen. Gegen den Einspruch des japanischen Justizministers setzte er durch, daß der Fall vor dem japanischen Bezirksgericht von Kana-gawa verhandelt wurde.<sup>67</sup>

Im Laufe der Verhandlungen wurden dann die Kulis — es waren 232 an Bord — gelandet, um als Zeugen verhört zu werden. Nachher aber weigerten sich die Japaner einfach, die Kulis zur Rückkehr auf das Sklavenschiff zu zwingen. In diesem Vorgehen ließ Soyeshima sich auch nicht beirren, als der amerikanische Gesandte de Long nach seiner Rückkehr aus Amerika plötzlich ebenso wie der französische Gesandte und der spanische Geschäftsträger als Verteidiger der peruanischen Belange auftrat. Er antwortete ihm so eindeutig, daß der Amerikaner sofort den Rückzug aus dieser unangenehmen Lage antreten mußte,<sup>68</sup> ganz abgesehen davon, daß er für sein Vorgehen vom State Department später noch



eine scharfe Rüge erhielt.<sup>60</sup> Auch sein französischer Kollege erkannte die Berechtigung des japanischen Eingreifens an, indem er später seinen Brief zurückzog.<sup>70</sup> Die 232 Kulis wurden einem Vertreter der chinesischen Regierung übergeben, die ihren Dank für das edelmütige Vorgehen der Japaner aussprechen ließ.<sup>71</sup>

Peru verlangte jedoch eine Entschuldigung der japanischen Regierung für ihre unrechtmäßige Einmischung, sowie die Zahlung einer Entschädigung. Im Februar 1873 traf aus Lima ein Unterhändler ein, während die angekündigte Entsendung eines Panzerschiffs unterblieb. De Long wurde angewiesen, möglichst zwischen den streitenden Parteien zu vermitteln, was er mit dem Erfolg tat, daß der Zar als Schiedsrichter angerufen wurde. Dieser entschied den Streit 1875 vollständig zugunsten Japans.<sup>72</sup>

Soyeshima, der ein Mann kühner Entschlüsse war, zögerte nicht, die durch Japans Vorgehen gegen die „Maria Luz“ eingetretene Besserung der Beziehungen zu China auszunutzen. Da war zunächst die Korea-Angelegenheit, die seit 1868 eine Lösung erheischte und die japanische Öffentlichkeit sehr beschäftigte. Kido hatte schon im Februar 1869 zu dem Engländer Satow von dem moralischen Erfolg gesprochen, den Japan durch die Öffnung eines Hafens in Korea erringen würde.<sup>73</sup> Nach dem Mißerfolg eines amerikanischen Versuchs im Sommer 1871, das Land zu erschließen, waren die Koreaner gegen Japan, das sich seit langem um die Aufnahme von Handelsbeziehungen bemüht hatte, jedoch unhöflicher geworden denn je. Als einige Schreiben der Koreaner an die japanischen Abgesandten bekannt wurden, die sehr herabsetzend und beleidigend für das Inselreich waren,<sup>74</sup> forderte die öffentliche Meinung in Japan stürmisch den Krieg, und seit Juli 1872 war auch die Mehrheit des Staatsrats zum Krieg entschlossen.<sup>75</sup>

Die andere Frage betraf die Ryû-Kyû-Inseln und Formosa. Das Königreich Ryû-Kyû war seit Jahrhunderten sowohl Japan als auch China tributpflichtig gewesen.<sup>76</sup> Als nun Ende des Jahres 1871 eine ryûkyûanische Dschunke an der Ostküste von Formosa strandete und 54 der 66 Mann starken Besatzung von Eingeborenen ermordet wurden, da wandte sich der Inselstaat um Hilfe an die japanische Regierung und bot ihr damit eine treffliche Gelegenheit, die Besitzansprüche auf die Inseln als Rechtsnachfolger von Satsuma nachdrücklich geltend zu machen.

Um die Haltung Chinas sowohl hinsichtlich einer Bestrafung der Eingeborenen von Formosa zu erfahren, wie auch für den Fall eines japanischen Straffeldzuges gegen Korea, plante Soyeshima die Entsendung einer Gesandtschaft nach China. Nach de Longs Bericht vom 22. November 1872 schien Soyeshima bereit, es um die Regelung dieser Fragen nötigenfalls auf einen Krieg mit China ankommen zu lassen. Der amerikanische Gesandte ließ sich so weit in diese japanischen Pläne hineinziehen, daß er die Anstellung des amerikanischen Konsuls von Amoy, Legendre, der die östliche Hälfte von Formosa gut kannte, als Berater der japanischen Regierung vermittelte. So kam derjenige Mann in japanische Dienste, der wegen seiner unklugen Ratschläge an die Japaner manche der späteren Spannungen der Tôkyôter Regierung mit den Gesandten der europäischen Mächte verschuldet hat.

De Long hielt seine Maßnahme für sehr weitschauend, denn, so meinte er, diese Politik der Japaner müsse von den Vertretern der Westmächte gefördert werden, weil sie das Entstehen des gefährlichen Bündnisses eines verwestlichten Japans mit China und Korea verhindere, die gefürchteten Gebiete von Formosa und Korea unter die Flagge einer Nation bringe, die den Westmächten zugeneigt sei und gleichzeitig dieselbe Nation vor inneren Unruhen schütze und die fortschrittliche Regierung am Ruder halte.<sup>77</sup>

Zum Sonderbotschafter nach China wurde Soyeshima selbst ausersehen. Man hätte keine bessere Wahl treffen können; denn äußerlich wurde sein Auftreten ein Triumphzug. Am 19. April 1873 traf die Gesandtschaft, zu der auch Legendre gehörte, in Tientsin ein, und schon am 30. wurden die Ratifikationen des Vertrags von 1871 ausgetauscht. Eine Erörterung der übrigen Fragen lehnte der Botschafter ab, solange er nicht vom Kaiser in Audienz empfangen worden sei. Nun war aber die Audienzfrage seit Jahren der Gegenstand nicht endender Verhandlungen zwischen den Chinesen und den fremden Gesandten gewesen, da die ersteren sich nicht zur Einführung eines für die Diplomaten annehmbaren Hofzeremoniells entschließen konnten. Was keinem gelungen war, das brachte dieser europäisch gekleidete hervorragende Kenner chinesischer Kultur und Etiquette fertig. Er bewog die Chinesen zur grundsätzlichen Annahme der westlichen Begrüßungsformen, wenn auch die Audienz noch ausgesetzt wurde.

Im Juni benachrichtigte der Botschafter plötzlich das Tsungli Yamen (chinesisches Auswärtiges Amt), er müsse abreisen, da seine Anwesenheit in Tōkyō dringend erforderlich sei. Drei Tage vor der Abreise sandte er den Gesandten in Peking, Yanagiwara, zu den chinesischen Ministern und ließ ihn unerwartet die Fragen erörtern, derentwegen die Botschaft nach China entsandt worden war und deren Verhandlung nach bewährten chinesischen Verschleppungsmethoden normalerweise Monate beansprucht hätte. Hinsichtlich Koreas hieß es, daß der König vom Kaiser von China eingesetzt werde, die inneren Angelegenheiten, sowie die Entscheidung über Krieg und Frieden aber der koreanischen Regierung überlassen blieben, so daß China damit nichts zu tun habe. — Zu Parkes äußerte Soyeshima später, der chinesische Staatssekretär Wensiang habe ihm erklärt, China könne gute Beziehungen Japans zu Korea nicht herstellen, da es sich selbst bessere wünsche. Der Statthalter Li Hung Chang habe ihm gesagt, China werde es gern sehen, wenn Japan Korea zur Raison bringe, da China selbst zu viel mit den mohammedanischen Aufständen zu tun habe.

Yanagiwara ging dann zur Formosafrage über und betonte, daß sein Land einen Straffeldzug gegen die ostformosanischen Eingeborenen eröffnen wolle, weil dieselben schiffbrüchige japanische Untertanen ermordet hätten. Die chinesischen Unterhändler erwiderten jedoch, sie wüßten nur von einem Angriff auf Ryū-Kyū-Leute, die ja chinesische Untertanen seien, was Yanagiwara selbstverständlich nicht gelten ließ. Im übrigen wies er darauf hin, daß die Nichtbestrafung der Wilden von Formosa, die wiederholt fremde Untertanen belästigt hätten, für Japan und China sehr unbequeme Folgen haben könne, indem sich dadurch die Gefahr einer Besetzung von Formosa durch andere Mächte ergebe, wie das schon für Kambodja, Tonking und das Amurgebiet zutrefte. Der Botschafter habe in seiner Eigenschaft als Außenminister veranlaßt, daß der Feldzug verschoben würde bis die chinesische Regierung davon in Kenntnis gesetzt wäre, daß Japans Vorgehen sich nur gegen die nicht zum chinesischen Verwaltungsgebiet gehörigen Eingeborenen richte, und daß es sich nicht in die inneren Verhältnisse Chinas mischen wolle. Zu weiteren Verhandlungen war der Japaner nicht zu bewegen.<sup>78</sup>

Soyeshimas Verhandlungsmethode — die einzige, mit der bei

den Chinesen etwas zu erreichen war — hatte Erfolg. Der erste Minister des Tsungli-Yamen kam, um ihn an der verfrühten Abreise durch die Mitteilung zu verhindern, daß die Audienz stattfinden solle. Zögernd nur willigte der Botschafter ein und wurde bereits wenige Tage später vor allen anderen fremden Diplomaten in besonderer Audienz vom Kaiser empfangen.<sup>79</sup>

Durch die endliche Lösung der Audienzfrage war sein Erfolg ein Erfolg der fremden Vertreter überhaupt geworden, die ihm ihre Hochachtung nicht versagen konnten.<sup>80</sup> Brandt verlieh dem japanischen Standpunkt in der Ryû-Kyû-Streitfrage dadurch eine moralische Stütze, daß er Soyeshima um die Gewährung der Meistbegünstigung in Ryû-Kyû auf Grund des deutsch-japanischen Vertrages ersuchte, da Deutschland früher keinen Vertrag mit dem Königreich Ryû-Kyû abgeschlossen hatte. Selbstverständlich war Soyeshima dazu sofort bereit.<sup>81</sup>

Der erste Schritt zu einer starken japanischen Außenpolitik auf dem asiatischen Festland war getan, und es war nicht anzunehmen, daß Soyeshima sich mit diesem Anfangserfolg begnügen würde. Ob allerdings Japan schon genügend gefestigt war, um eine solche Politik durchhalten zu können, das konnte man füglich bezweifeln.

In dieselbe Zeit fällt die endliche Erledigung einer Angelegenheit, die jahrelang die auswärtigen Beziehungen belastet hatte: die Christenfrage. Schon seit einigen Jahren waren verschiedentlich Stimmen für das Christentum laut geworden.<sup>82</sup> Ende Dezember 1871 äußerten Kido, Itô und Yamaguchi zu dem englischen Geschäftsträger Adams, daß das Verbot der christlichen Religion über kurz oder lang aufgehoben werden müsse.<sup>83</sup> Trotzdem mußten die Diplomaten schon wenige Wochen später beim japanischen Premierminister erneut vorstellig werden, weil wieder 60—70 christliche Familienhäupter aus der Umgegend von Nagasaki fortgeschafft waren.<sup>84</sup> Die Forderung nach Gewissensfreiheit, also Duldung des Christentums, der die Iwakuragesandtschaft seit Washington überall in der Welt begegnete, hat sicher dazu beigetragen, die Regelung dieser Angelegenheit zu beschleunigen. Im Februar kündigte Soyeshima endlich die bevorstehende Entfernung der Verbotstafeln an.<sup>85</sup>

Der stellvertretende Außenminister Ueno goß jedoch bald Wasser in den Wein. Er erklärte, daß mit der Entfernung der



Tafeln die betreffenden Gesetze nicht widerrufen seien; mehr als Zurückschaffung der verbannten Christen habe die Kabinettsminderheit noch nicht durchsetzen können. De Long glaubte bereits, die Gesandten sollten getäuscht werden, und Parkes bezeichnete diese Maßnahme als Halbheit, die auf die christliche Welt nur unbefriedigend wirken könne.<sup>86</sup> Aber die Rücksendung der Verbannten setzte im Mai tatsächlich ein, und die vollständige Duldung des Christentums kam in den nächsten Jahren gewissermaßen von selbst.

Eine andere viel verhandelte Frage wurde nicht so befriedigend gelöst. Im Februar 1873 schlug der italienische Gesandte, Graf Fé d'Ostiani, der japanischen Regierung vor, Italiener zu freier Reise im Innern zuzulassen, wenn sie außerhalb der Vertragshäfen in beschränktem Umfang japanischer Gerichtsbarkeit unterstellt würden, und zwar so, daß die Ortsgerichtsbehörden auf Gefängnis bis zu 12 Monaten oder 300 Dollars Geldbuße, jedoch unter keinen Umständen auf Körperzüchtigung erkennen dürften, während schwerere Vergehen vor die Fremdengerichtshöfe gebracht werden müßten.<sup>87</sup> Als der italienische Vertreter dann nach Rom gerufen wurde, wollten die anderen Gesandten die Verhandlungen für ein allgemeines Abkommen fortsetzen, wozu Soyeshima sich vor der Rückkehr von seiner Chinamission jedoch nicht mehr bereiterklären wollte. Als nun der russische Gesandte verlangte, daß in der Zwischenzeit auch den Italienern keine Sonderzugeständnisse gemacht würden, stellte sich heraus, daß der italienische Vorschlag in Kraft treten würde, sobald Rom seine Zustimmung gegeben hätte. Eine Durchsicht des Vertragsentwurfs überzeugte die Diplomaten, daß ein so weitgehender Verzicht auf fremde Rechte unverantwortlich war.

Die gemeinsamen Vorstellungen der übrigen Mächte in Rom veranlaßten die italienische Regierung, dem Abkommen ihre Zustimmung zu versagen.<sup>88</sup> Brandt berichtete, daß in der Frage der Vertragsrevision die mannigfaltigen und auseinandergehenden Interessen der Vertragsmächte das geschlossene Vorgehen der Gesandten verhinderten, in dem das ganze Geheimnis der früheren Erfolge der fremden Diplomatie in Japan beruht habe.<sup>89</sup>

Am 2. Juli richtete Brandt eine Note an Ueno, des Inhalts, daß er Deutsche, die ohne Paß ins Innere gehen würden, deswegen



nicht mehr bestrafen werde. Am 24. Juli schickten die Gesandten eine gleichlautende Note an die japanische Regierung und machten neue Vorschläge für Reisen von Fremden im Innern des Landes, die ihr jede mögliche Sicherheit gegen Zusammenstöße und Schwierigkeiten boten.<sup>90</sup> Soyeshima ersuchte jedoch am 8. August, die Angelegenheit bis zur Rückkehr Iwakuras auf sich beruhen zu lassen.<sup>91</sup>

Brandt beurteilte die Lage sehr günstig, weil sich nach den fast gleichlautenden Erklärungen der Mächte und dem Fehlschlagen der Sonderverhandlungen mit Italien, und nicht zuletzt nach den Erfahrungen, die der Außenminister in China gesammelt hatte, die Stimmung der japanischen Regierung bezüglich Vertragsrevision entschieden zu bessern begonnen hatte. Er glaubte, „mit Zuversicht einem leichten und günstigen Verlauf der Verhandlungen“ entgegensehen zu dürfen.<sup>92</sup> Er hat bestimmt nicht geahnt, in wie weiter Ferne die Vertragsrevision noch lag!

Im September 1873 war die Iwakuragesandtschaft, nicht lange nach Soyeshimas Rückkehr aus China, wieder in die Heimat zurückgekommen. Sie fand eine allgemeine Kriegsstimmung im Lande vor; denn nichts war unter den ehemaligen Samurai so beliebt wie der Gedanke eines Krieges mit Korea, auf den das Kabinett jetzt hinarbeitete. Nachdem Soyeshima nun auch noch die Nichteinmischung Chinas gesichert hatte, war Japan drauf und dran, sich in ein Abenteuer zu stürzen. Als solches sahen jedenfalls die Europagesandten einen Krieg gegen Korea an. Ihnen fiel die Schwäche ihres Landes umsomehr ins Auge, als sie nicht umhin konnten, es an den Staaten des Westens zu messen, deren innere Stärke und Organisation sie gerade kennengelernt hatten. 10 Tage dauerte die Auseinandersetzung zwischen den beiden Parteien des Kabinetts, ohne daß eine Einigung zustande gekommen wäre. Aber Okubo führte schwerwiegende Gründe finanzieller und politischer Natur an, die gegen den Krieg sprachen. Nicht nur werde den unzufriedenen Elementen dadurch Auftrieb gegeben, sondern es sei auch zu fürchten, daß die beiden kriegführenden Staaten eine leichte Beute Rußlands oder Englands würden, wobei dann aus Japan ein zweites Indien gemacht werden würde. Schließlich könne man es nicht vernünftig nennen, daß Japan Korea bestrafen wolle, während es selbst noch die Schande ertrage, durch die Anwesenheit englischer und französischer Truppen in Yokohama als Vasallenstaat behandelt zu werden.<sup>93</sup>

Sahen Iwakura, Ôkubo, Kido und Itô die Dinge vielleicht auch zu europäisch, so waren ihre Gründe für die Erhaltung des Friedens doch durchschlagend. Man konnte keinen auswärtigen Krieg führen, ohne dabei mit auf die inneren Gegner zu rechnen, die man gerade durch die Beseitigung des Feudalismus niedergeworfen hatte, und ohne sich der Gefahr einer Einnischung fremder Mächte auszusetzen. Die Entscheidung lag beim Tennô. Er entschied für den Frieden. Die Minister Soyeshima, Gotô, Itagaki und Etô traten zurück, Sanjô nahm einen Gesundheitsurlaub und der Oberbefehlshaber des Heeres, der berühmte Saigô Takamori, zog sich nach Kagoshima zurück, gefolgt von allen Satsuma-Offizieren, so daß die kaiserliche Garde fast aufgelöst war.<sup>94</sup>

Iwakura und seine Freunde mußten bald erneut sehen, daß man keine Politik machen kann ohne Rücksicht auf die öffentliche Meinung. Deshalb gaben sie schließlich doch den Kriegsleidenschaften nach. Aber es war nicht die Politik kühner Entschlüsse eines Soyeshima, die sie befolgten, sondern eine Politik halber Maßnahmen, so daß sie am Ende Grund hatten sich zu freuen, überhaupt mit heiler Haut davonzukommen.

Soyeshima versicherte noch einige Tage nach seinem Rücktritt dem englischen Gesandten, daß es sich nur um einen 100tägigen Krieg gehandelt haben würde. Als dieser Besorgnisse bezüglich Rußlands äußerte, antwortete der ehemalige Außenminister, daß es neutral geblieben wäre, zumindest wenn man ihm Sachalin angeboten hätte. Parkes war überzeugt, daß Iwakura wahrscheinlich das Land vor einem Unglück bewahrt, auf jeden Fall aber seine eigene Stellung behauptet habe, da Soyeshima im Bunde mit Saigô sicher nach Höherem gestrebt und Iwakura vielleicht abgesetzt hätte.<sup>95</sup>

Aber es ging bei den Auseinandersetzungen in der japanischen Regierung nicht nur um Fragen asiatischer Außenpolitik. Das mußten Männer wie Brandt und Parkes, die mit japanischen Staatsmännern seit Jahren Umgang gehabt hatten, bald merken, mochte Iwakura noch so oft versichern, daß der Streit lediglich wegen Koreas entstanden sei. Schon wenige Tage nach dem Rücktritt Soyeshimas und seiner vier Kollegen wußten sie, daß die

Politik gegenüber den fremden Mächten allgemein und die Frage der Zulassung von Ausländern ins Innere des Landes im besonderen, gleichfalls der Grund zu einem scharfen Aufeinanderprall der Meinungen geworden war. Dabei hatte sich gezeigt, daß Sanjō und Soyeshima der Zulassung unter ähnlichen Bedingungen, wie die Vertreter sie vorgeschlagen hatten, sehr geneigt waren, während Iwakura, noch enttäuscht über den geringen Erfolg seiner Botschaft, jedes weitere Zugeständnis an die Fremden ablehnte, solange sie nicht den Anspruch auf Exterritorialität aufgeben hätten.<sup>96</sup>

Brandt kam in den nächsten Monaten immer mehr zu der Überzeugung, daß die eigentliche Veranlassung für die Trennung gerade diese unüberbrückbare Kluft in der Auffassung der Politik gebildet hatte, die man gegenüber den Fremden einschlagen wollte. Zweifellos war das auch nur eine Teilwahrheit, die aber angesichts des reaktionären Kurses der Iwakurapolitik um so wahrscheinlicher erschien, als die fortschrittlichen Ansichten Soyeshimas schon vor seinem Sturz allgemein bekannt gewesen waren.

Da die Regierung so schwach war, daß sie nur durch geschickte Ausnutzung der Gegensätze der verschiedenen ehemaligen Klans sich am Ruder halten konnte, begannen die fremden Gesandten, sich mit dem Gedanken eines baldigen neuen Regierungswechsels vertraut zu machen. Ein neues Ministerium konnte ihnen gar nicht unangenehm sein, seitdem sie wußten, daß der Exminister der auswärtigen Angelegenheiten und Führer der Opposition Brandt gegenüber die Vorschläge der Gesandten für die Zulassung von Fremden ins Innere als durchaus annehmbar bezeichnet hatte.<sup>97</sup>

Aber die Regierung Iwakura-Sanjō behauptete sich. Die Verhandlungen über die Zulassung ins Innere blieben mit der Frage einer vollständigen Vertragsrevision verknüpft, und eine Einigung war hier und bei einigen anderen weniger wichtigen Fragen deswegen nicht zu erreichen. Die Verhandlungen, auf deren Einzelheiten einzugehen sich schon deshalb erübrigt, weil sie noch zwei Jahrzehnte die Tōkyōter Diplomaten beschäftigen sollten, wurden noch erschwert durch den neuen amerikanischen Gesandten Bingham. Brandt hat ihn als den Typus des amerikanischen Anglophoben bezeichnet;<sup>98</sup> ein amerikanischer Historiker nennt ihn

„a fine type of American“, doch sei er weder Staatsmann noch Diplomat gewesen.<sup>100</sup> Während er überzeugt war, daß die Aufgabe der Exterritorialität ausgeschlossen war,<sup>100</sup> wollte er fortwährend den Japanern besonders weit entgegenkommen, um sie immer fester an die Vereinigten Staaten zu ketten. Sein Aufgeben der Politik europäisch-amerikanischer Zusammenarbeit sprengte die Einheitsfront der fremden Diplomaten. Auch suchten amerikanische Presseangriffe, die oft von ihm ausgingen, die Japaner planmäßig mit Mißtrauen gegen die europäischen Mächte im allgemeinen und England und seinen Gesandten im besonderen zu erfüllen. Seine Kollegen wurden dadurch um so mehr erbittert, als sie alle wußten, daß die Vereinigten Staaten besondere Ziele in Japan verfolgten. Bingham hat zweifellos stets subjektiv ehrlich gehandelt. Er erscheint uns als ein typischer Vertreter jenes Angelsachsentums, das alle höheren Prinzipien der Moral und Ethik für sich und andere herbeiruft, wenn sie politisch nützen können, wobei ihm der eigennützige Hintergedanke aber fast nie bewußt wird.<sup>101</sup> Bingham's Vorschläge über die Zulassung der Fremden<sup>102</sup> brachten jedoch, wie nicht anders zu erwarten, die Angelegenheit in keiner Weise weiter, und die „Brandtsche Lösung“ kam erst, nachdem auf die Vorstellung der Gesandten der europäischen Großmächte in Washington hin Staatssekretär Fish Bingham wiederholt zur Zusammenarbeit mit seinen Kollegen aufgefordert hatte.<sup>103</sup>

Nachdem noch im Juni 1874 Verhandlungen Außenminister Terashimas mit dem gesamten diplomatischen Korps fehlgeschlagen waren, setzte der deutsche Gesandte, durch den 1873 der Stein wieder ins Rollen gekommen war, die Verhandlungen allein fort und kam am 18. Juli 1874 zu einer Verständigung, die nach Lage der Dinge als ein beachtlicher Erfolg angesehen werden konnte, indem sie Deutschen und damit allen Fremden, die zu Forschungszwecken oder aus gesundheitlichen und anderen dringenden Gründen ins Innere wollten, die Ausfertigung eines Passes zusagte, wenn die Gesandtschaft ihn beantragte.<sup>104</sup> Diese Notlösung ist bis 1896 in Kraft geblieben.

Der unfreundliche Geist, in dem die Regierung die Beziehungen zu den fremden Vertretern seit der Regierungsübernahme durch Iwakura handhabte, veranlaßte die Gesandten Deutschlands, Englands, Frankreichs und Hollands, sowie die Geschäftsträger

Italiens, Spaniens und Rußlands, sich darüber bei ihren Regierungen zu beschweren. Parkes hob dabei besonders hervor, daß Iwakura 5 Regierungsmitglieder durch weniger unabhängige Persönlichkeiten ersetzt habe und sein Kabinett nun in allen die Fremden angehenden Fragen eine systematisch unfreundliche Haltung einnehme. Sie werde nur durch die Annahme verständlich, daß die Regierung glaube, die Fremden dadurch ihren Ansichten gefügig machen zu können.<sup>105</sup> Tatsächlich erreichte die Regierung nur, daß die fremden Vertreter umso fester zusammenstanden, und der englische Außenminister, Lord Derby, ließ ihr durch Parkes einen Erlaß vorlesen, in dem er darauf hinwies, daß Japans feindselige Haltung, die interessierten und unverantwortlichen Ratgebern zuzuschreiben sei, zu ernstest Verwicklungen führen könne. Die Regierung solle nicht erwarten, daß sie die Freundschaft Großbritannien sich erwerben könne, wenn es beschimpft werde.<sup>106</sup>

Am 11. August wurde sogar der deutsche Konsul in Hakodate, Haber, ermordet. Da die japanischen Behörden bei der Erledigung dieses Falles in jeder Hinsicht ihre Pflicht taten, wollte Brandt nicht — wie das bisher in solchen Fällen üblich gewesen war — auf einer Geldentschädigung bestehen, sondern forderte lediglich die Bestrafung des Mörders nach den Gesetzen.<sup>107</sup> Die Sorgen der Regierung waren auch ohnehin groß genug.

Mit dem Rücktritt der 5 kriegerischen Regierungsmitglieder war die Entscheidung, ob Krieg oder Frieden, nur scheinbar gefallen. Der öffentliche Unwille war nach diesem aufsehererregenden Rücktritt gerade einiger der volkstümlichsten Männer noch gewachsen. Im Januar 1874 entging Iwakura nur mit genauer Not einem Anschlag, und noch im Frühjahr war das „Friedenskabinett“ genötigt, einen Aufstand in Saga, an dessen Spitze Etô stand, blutig zu unterdrücken. Es mußte nun doch ein Ventil für die Erregung der Samurai geöffnet werden. Man suchte und man fand es in Formosa. Die geschäftigen amerikanischen Abenteurer, die Tōkyō sich als Berater geholt hatte, redeten den Japanern ein, sie würden die Sympathien aller fremden Völker erringen, wenn sie als Ziel des Feldzuges die Verbreitung der Kultur, Schutz der Schifffahrt und Öffnung der Insel für den Handel verkündigten.<sup>108</sup>

Wenn man Japan ein so schönes Programm vortrage — meinte Sir Harry —, wodurch es wenigstens dartun könne, daß es als eine



führende Macht im Osten Boden gewinne, das ihm ein gewissermaßen „schlagendes“ erstes Auftreten in der Arena der Nationen gestatte, dann zeige das Land sich ebenso willig, es anzunehmen wie irgendeine andere westliche Neuerung. Dabei mache man sich nicht viel Gedanken darüber, ob Japan die Erfordernisse eines solchen Programms überhaupt durchsetzen könne.<sup>109</sup>

In Wirklichkeit war der japanischen Regierung gar nicht wohl zu Mute bei diesem Unternehmen. Sie schwankte in ihren Entschlüssen hin und her. Die Kosten eines langwierigen Feldzugs auf sich zu nehmen, nur um ein paar Stämme von Wilden zu züchtigen, verlohnte wirklich nicht, und hatte man erst den ersten Schritt getan, dann mußten der zweite und dritte notwendig folgen, d. h. man mußte an eine Besitzergreifung und Kolonisierung wenigstens des östlichen Teils der Insel gehen und damit die ohnehin vorhandene Gefahr eines Zusammenstoßes mit China noch verschärfen. Brandt hielt es für durchaus möglich, daß China die Japaner erst einmal gegen die Eingeborenen vorgehen lassen und sich nachher des Drucks der 3 Millionen Chinesen in Westformosa, der Wilden und des Klimas bedienen würde, um sie langsam aufzureiben. Diese Kampfesart entspreche dem asiatischen Charakter viel mehr als ein Waffengang. Die japanische Regierung sei sich im übrigen trotz aller Kriegsvorbereitungen noch nicht einmal über ihre Absichten im klaren. Er sollte recht behalten.

Im letzten Augenblick schickte die Regierung Ōkubo nach Nagasaki, wo schon fast 4000 Mann Landungstruppen zur Einschiffung bereit lagen, um den Abgang der Flotte zu verhindern. Sir Harry hatte nämlich am 10. April 1874 den englischen Gesandten in Peking von der bevorstehenden Absendung der Expedition unterrichtet, und das von Mr. Wade benachrichtigte Tsungli Yamen teilte bereits am 20. in einer Note mit, China beanspruche auch über die Gebiete der Eingeborenen die Hoheitsrechte. Daß sie mit Soyeshima über den Straffeldzug nach Formosa unterhandelt hätten, wurde von den Chinesen geleugnet.<sup>110</sup>

Bei dieser Haltung der Peking Regierung hatte Tōkyō mit Krieg zu rechnen. Ōkubo, der ihn in letzter Minute verhindern sollte, kam zu spät. Der Befehlshaber des Expeditionsheeres, Generalleutnant Saigō, der Bruder des großen Saigō, wollte lieber alle Verantwortung auf sich nehmen, als gleich zu Beginn die Fahne

streichen. Wahrscheinlich wäre offene Entpörung der enttäuschten Truppen die Folge gewesen, wenn man tatsächlich das Unternehmen abgeblasen hätte. Der Abgang der Schiffe von Ende April bis Anfang Mai erfüllte die Regierung mit Sorge, da sie die Beteiligten nicht desavouieren und damit zu Piraten erklären konnte, während sie andererseits jegliche Kontrolle über die Expedition verloren hatte. Gern hätte Tōkyō sich jetzt mit der Erlaubnis zu einer Flottendemonstration zufrieden gegeben, aber hilflos trieb die Regierung einer drohenden Zukunft entgegen. Unter solchen Verhältnissen, meinte Brandt, würde es in Europa keinem Zweifel unterliegen, daß es zu einem Zusammenstoß der beiden Mächte kommen würde, aber in Ostasien sei es schwer, mit Bestimmtheit auch nur die Ereignisse der nächsten Tage und Wochen vorauszusehen.<sup>111</sup>

Während die Landungstruppen sich Scharmützel mit den Formosanern lieferten und dabei nur langsam ein Stück Land besetzten,<sup>112</sup> bemächtigte sich die asiatische Diplomatie der Sache. Heftige chinesische Proteste wurden nach Tōkyō und an den japanischen Gesandten in China, Yanagiwara, abgesandt, die aber keinen anderen Erfolg hatten, als daß Ōkubo als japanischer Bevollmächtigter im September nach Peking kam. Die Japaner versuchten nachzuweisen, daß die Chinesen nach den Grundsätzen des Völkerrechts keinen Anspruch auf die östliche Hälfte der Insel hätten, aber diese lehnten die Anwendung dieser Abmachung westlicher Nationen auf China ab.<sup>113</sup> Nach vierwöchigen erfolglosen Verhandlungen setzte Ōkubo den Chinesen die übliche letzte Frist, und dann begannen die „eentlichen“ Verhandlungen.

Obwohl Japan froh sein mußte, wenn es die ganze Formosaangelegenheit begraben konnte, ohne einen Krieg mit dem Reich der Mitte heraufbeschworen zu haben, forderte Ōkubo drei Millionen Yen Entschädigung und erklärte, Japan bleibe dabei, die Züchtigung der Barbaren als sein Recht zu betrachten, da es das Gebiet als herrenlos ansehe. In diesem Augenblick des Abbruchs der Verhandlungen griff der englische Gesandte Wade ein, und es gelang seiner Vermittlung, bis zum 31. Oktober die Einigung herbeizuführen, da beiden Parteien doch sehr am Frieden gelegen war.

China erkannte als berechtigt an, daß Japan durch den Feldzug seine Untertanen geschützt habe und willigte in die Zahlung

von 100 000 Taels zur Unterstützung der geschädigten japanischen Untertanen und 400 000 Taels als Entgelt für den Bau von Straßen und Gebäuden durch die Japaner auf Formosa. Obwohl es den Japanern nur ein Zwanzigstel der Kriegskosten<sup>114</sup> einbrachte, war dieses Abkommen zweifellos ein großer Erfolg Ōkubos. Ein Kenner der beiden ostasiatischen Reiche. Sir Harry, gestand, daß er bestimmt nicht erwartet hätte, daß China noch für den Einfall in sein Gebiet zahlen würde. „Ich kann nicht umhin, es zu bedauern, daß das alte Land da drüben gegen diese allerjüngste der Nationen nachgibt, während es das Recht auf seiner Seite hatte.“ Japan hätte schon zufrieden sein müssen, wenn es nur den Frieden erhalten hätte.<sup>115</sup>

So sehr Japan jetzt noch die unheimlich gewaltige Masse China mit ihrer rohen Kraft zu fürchten hatte, so wenig vermochte das Reich der Mitte 2 Jahrzehnte später gegen den kleinen vorge-lagerten Inselstaat. Denn von nun an arbeitete die Zeit für Japan, das unbekümmert um Rückschläge weiterschaffte an der Mobilisierung seiner natürlichen Hilfsquellen, an der Erziehung des Volkes und am Ausbau seiner militärischen Macht.

## Viertes Kapitel.

### Die Abtretung Sachalins und Öffnung Koreas.

Einen Erfolg hatten die Japaner durch das Formosaunternehmen doch errungen. Durch die Zahlung einer Entschädigung an die japanischen Untertanen hatte nach den Grundsätzen des internationalen Rechts China die Oberhoheit Japans über die Ryû-Kyû-Inseln bestätigt. Allerdings unterlag es keinem Zweifel, daß China die internationalen Rechtsgrundsätze für diesen Fall so wenig anerkennen würde, wie es das bisher getan hatte. Als Matsuda, ein Sekretär des japanischen Innenministeriums, 1875 auf den Inseln anzeigte, daß japanische Truppen dort stationiert werden würden und gleichzeitig dem König weitere Tributzahlungen an China untersagte, da zeigte sich, daß auch Ryû Kyû die bequeme Oberhoheit Chinas neben der japanischen gar nicht missen wollte. Aber Bittschriften und Einsprüche halfen nichts; die japanische Verwaltung setzte sich durch, und 1879 stellte Japan die Welt vor vollendete Tatsachen, indem es den König einfach absetzte und sein Land einverleibte.<sup>116</sup> Fast wäre es dabei noch zu einem Kriege mit China gekommen, zu dem Li Hung Chang noch mehrere Jahre geneigt war, bis die französischen Angriffe im Süden Chinas ganze Aufmerksamkeit in Anspruch nahmen und die Ryû-Kyû-Frage in Vergessenheit geriet.

Auch im Norden wurde endlich eine Streitfrage entschieden, die seit vielen Jahren eine Belastung der japanischen Politik gewesen war: die Sachalinfrage, mit der die allgemeinen Beziehungen zu Rußland eng verknüpft waren. Nachdem die Festsetzung der japanischen Grenzen im Norden weder Putiatin noch Murawieff gelungen war, lag die Politik Rußlands in Japan „in ein mysteriöses Dunkel gehüllt“.<sup>117</sup> Während die Beziehungen zwischen Yedo und den Vertretern der Westmächte 1863/64 aufs äußerste gespannt

gewesen waren, hatte Japan gegenüber Rußland sich so wenig feindlich gezeigt, daß russische Kriegsschiffe jedes auch nur scheinbar unfreundliche Auftreten in dem fernöstlichen Inselreich vernieden hatten und selbst dem Ersuchen von Europäern in Nagasaki, zu ihrem Schutz im Hafen zu bleiben, nicht nachgekommen waren.<sup>118</sup>

Es mag dahingestellt bleiben, welcher der wichtigere Grund zu dieser Freundschaft war, Rußlands Streben, sich den größeren Einfluß in diesem „Niemandland“ zwischen dem Asien der Briten und dem der Russen zu sichern, oder Japans Furcht vor der ungewissen Gefahr, die von Norden drohte.

Jedenfalls schlugen alle Versuche einer Bereinigung der Grenzfrage auf Sachalin, um die wiederholt am Amur und in Petersburg verhandelt wurde, bis 1867 fehl. Das Abkommen von 1867, das die Insel in die gemeinsame Verwaltung der Russen und Japaner gab, konnte aber nur ein Übergang zur vollständigen Besitzergreifung durch Rußland sein. Auch Sir Harry sah ein, daß England sich in das Unvermeidliche, die Einverleibung Sachalins durch Rußland, fügen müsse.<sup>119</sup>

Von dieser Zeit an kann man füglich zweifeln, wer aufmerksamer auf die japanischen Staatsgrenzen geachtet hat, die japanische Regierung oder der englische Gesandte. Galt es doch zu verhüten, daß jetzt auch noch die fruchtbare Insel Yeso (Hokkaidô) dem russischen Gegenspieler in die Hände fiel. Immer wieder hatte Sir Harry die Japaner ermahnt, dieser kaum besiedelten Außeninsel ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden und vor allem einen Hafen dort zu öffnen, wodurch sie sich am besten gegen russische Übergriffe sichern könnten.<sup>120</sup> In Sachalin empfahl er den Japanern jedoch gemäßigtes und versöhnliches Verhalten, damit Rußland nicht gereizt würde und selbst den Besitz von Yeso noch gefährde.<sup>121</sup>

Als Iwakura 1870 den Gedanken eines Verkaufs der japanischen Rechte auf Sachalin erwähnte, befürwortete Sir Harry das sehr, um die endgültige Grenzfestsetzung zu beschleunigen, nannte aber Rußland den einzigen Staat, der für den Ankauf in Frage komme.<sup>122</sup> Ein Vermittlungsversuch der Vereinigten Staaten war erfolglos geblieben, weil Rußland begreiflicherweise Verhandlungen auf der Grundlage der japanischen Vorschläge, die als Grenze den 50. Breitengrad vorsahen, ohne weiteres ablehnte.<sup>123</sup> Auch Staats-



rat Soyeshima, der 1871 als Sonderkommissar zu Verhandlungen nach Possiet-Bai aufgebrochen war, richtete nichts aus,<sup>124</sup> da Rußland seine Anrechte auf den südlichen Teil der Insel nicht verkaufen wollte und der Staatsrat den Verkauf von Land durch Japan für unehrenhaft hielt.<sup>125</sup> Er war für Abtretung der ganzen Insel an Rußland, wobei Japan durch Urup, Kunashir und Iturup entschädigt werden sollte, mit der gleichzeitigen Zusage, daß Rußland den japanischen Truppen für den Fall des Krieges mit einer Landmacht (d. h. also Korea) freien Durchzug gewähren würde.<sup>126</sup> Aber die folgenden Jahre brachten die Angelegenheit in keiner Weise weiter.<sup>127</sup> Erst als sich in japanischen Kreisen die Überzeugung durchsetzte, daß die unfruchtbare kalte Insel für Japan keinen großen Wert habe, kam man der Einigung ein erhebliches Stück näher. Trotzdem machte es dem Vizeadmiral Enomoto, der 1875 als außerordentlicher Gesandter nach Petersburg entsandt wurde, noch viel Mühe, wenigstens die Anerkennung der japanischen Oberhoheit über die Kurilen als Entgelt bei Gortschakoff durchzusetzen. Es gelang schließlich, weil Rußland gerade durch Balkanunruhen in Anspruch genommen war und deshalb bei der englischen Gegnerschaft eine Entlastung im Fernen Osten gerne sehen mußte.

Der Vertrag vom 7. Mai 1875 bestätigte mit der Abtretung Sachalins an Rußland nur einen bestehenden Zustand. Dagegen gebot er dem russischen Vordringen weiter nach Süden durch Festsetzung der Grenzen wenigstens vorläufig Halt. Er bedeutete darüber hinaus eine gewisse Genugtuung für das Inselreich, weil es hier erstmalig als gleichberechtigter Verhandlungspartner einer europäischen Großmacht auftrat. Alles das fand statt kaum ein Vierteljahr nachdem die Engländer und Franzosen mehr oder weniger freiwillig ihre Truppen, die seit länger als 10 Jahren in Yokohama lagen, aus Japan zurückgezogen hatten.<sup>128</sup> Zweifellos wichtige Ereignisse im Hinblick auf die geplanten neuen Verhandlungen mit den Mächten über die Revision der Verträge.

Nachdem die Gefahr einer russischen Eroberung von Yesso oder Hokkaidô, wie es jetzt hieß, beseitigt war, richtete Sir Harry's ganze Aufmerksamkeit sich darauf, Rußlands weitere Absichten zu erfahren. Sein leicht erregbarer Verdacht führte ihn allerdings

auch zu Vermutungen und Fehlberechnungen, die leicht verhängnisvoll werden konnten. So kam es, daß am 23. Juli 1875 im Foreign Office, wo man sich wohl gerade der Befriedigung darüber hingeeben hatte, dem russischen Bären mit Sachalin erst einmal einen Maulkorb vorgehängt zu haben, ein Telegramm aus Tôkyô, in dem Parkes von einer Verständigung Rußlands und Japans über einen Angriff auf Korea berichtete, wie eine Bombe einschlug. Denn der Gesandte meldete gleichzeitig, daß eine große deutsche Korvette die Westküste von Korea vermesse, wie man glaube, mit der Absicht einer Besitzergreifung. Mit Zustimmung des Admirals des ostasiatischen Geschwaders riet Parkes zur sofortigen Besetzung von Port Hamilton, falls das nicht schon durch eine andere Macht geschehen sei.<sup>129</sup>

In einem Bericht vom selben Tage führt er weiter aus, wie gut Japan und Rußland einander in die Hände arbeiten könnten, auch der Wunsch der deutschen Regierung, in jenen Gebieten einen Stützpunkt (footing) zu gewinnen, sei Gegenstand allgemeiner Unterhaltung. Die erste Bewegung des deutschen Kriegsschiffs „Ariadne“, nachdem sie auf der Station angekommen war, sei die Fahrt nach der Westküste von Korea gewesen, zu Vermessungszwecken, wie es heiße, in Wirklichkeit aber — so glaube man allgemein — um eine passende Insel zu erkunden. Unter diesen Umständen sei die Besetzung der Inselgruppe Port Hamilton sehr erwünscht, da sie das chinesische, japanische und gelbe Meer beherrsche und für jeden Krieg mit Rußland, China, Japan oder irgendeiner Seemacht überaus wichtig sei.<sup>130</sup> Aber Downing Street ließ sich nicht so schnell aus der Fassung bringen. Unter die Entzifferung des Telegramms schrieb Lord Derby: „I . . . cannot conceive why the scheme was put forward.“ Da die englischen Botschafter in Berlin und St. Petersburg Sir Harrys Berichte in keiner Weise bestätigen konnten,<sup>131</sup> lehnte Lord Derby am 3. August Parkes' Vorschlag mit den Worten ab: „Ihrer Majestät Regierung hält es nicht für wünschenswert, anderen Nationen das Beispiel der Besetzung von Plätzen zu geben, auf die sie keinen Rechtsanspruch hat.“<sup>132</sup>

Während Downing Street klugerweise ablehnte, den gefährlichen Ratschlägen des Gesandten zu folgen, hatte Japan wieder seine Aufmerksamkeit der koreanischen Halbinsel zugewandt. In

dieser Richtung wurde Iwakura gerade durch Parkes bestärkt, der darauf hinwies, daß Korea nicht länger abgeschlossen bleiben könne, nachdem die Besitzungen einer großen europäischen Macht an seine Grenzen gerückt seien. Er betonte, wieviel größeren Anteil die Mächte am Schicksal Koreas nehmen würden, wenn es sich nicht so starr abschließen würde.<sup>133</sup> Moriyama, der als japanischer Gesandter nach Korea geschickt worden war, wurde jedoch nicht empfangen. Terashima bezeichnete am 22. Juni die Lage als ernst und Parkes, der ohnehin schon sehr nervös die Vorgänge in Korea betrachtete — 2 Tage vorher hatte er das Telegramm nach London abgeschickt — war nun erst recht überzeugt, daß der bevorstehende japanisch-koreanische Krieg Rußland Gelegenheit zur Verfolgung seiner eigenen Ziele geben würde.<sup>134</sup> Tatsächlich verschärfte sich die Spannung noch infolge der Beschießung eines japanischen Kriegsschiffes durch koreanische Forts.

Schon tauchte hier und da in der japanischen Presse wieder die Forderung auf, ein Heer nach Korea zu schicken. Die Regierung entschloß sich, Kuroda zu Vertragsverhandlungen dorthin zu entsenden, während Mori dazu ausersehen war, Peking dem japanischen Vertragsplane gut zu stimmen. Brandt, der vor einigen Monaten nach Peking versetzt worden war, meinte, China würde wahrscheinlich den Koreanern zuerst nur Waffen liefern, später aber vielleicht sogar zu Hilfe kommen,<sup>135</sup> doch versicherte Li Hung Chang dem Japaner, daß Chinas Eingreifen nicht zu befürchten sei, solange Japan sich Korea nicht aneignen, sondern es nur dem Weltverkehr erschließen wolle.<sup>136</sup>

Inzwischen hatte Japan auch von Rußland die Zusage erhalten, daß es erforderlichenfalls auf Hilfe rechnen könne und war zum Krieg entschlossen, wenn die Verhandlungen mit Korea fehlschlagen sollten. Mit einem solchen Bündnis, urteilte Parkes, glaube Japan den Erfolg sicherstellen zu können, entweder in Frieden oder im Krieg, während es dabei noch seinen Ruf als Kämpfer für den Fortschritt im Osten erhöhen könne und gleichzeitig die Aufmerksamkeit der Samurai von den inneren Angelegenheiten abgelenkt werde. Iwakura, der am liebsten Korea zwischen Rußland und Japan wissen wollte, suchte den offenen Bruch zu vermeiden, was Parkes dazu benutzte, ihm noch vorzustellen, daß der Krieg, wenn er unvermeidlich sei, kurz und entscheidend sein

müsse, damit Rußland gar nicht erst eingreifen könnte.<sup>137</sup> Sir Harry, der stark beunruhigt war durch die „one sided alliance“ Japans mit Rußland, begnügte sich nicht damit, den Japanern auch fernerhin das Gefährliche ihrer Lage klarzumachen, sondern er versuchte erneut, London zur Teilnahme an der Öffnung Koreas zu veranlassen, ehe Rußland sich dort eine Stellung geschaffen habe, die ihm den englischen China- und Japanhandel im Kriegsfall vor die Füße legen würde.<sup>138</sup>

Aber schon kurze Zeit später war die Hauptarbeit getan. Am 27. Februar 1876 wurde der koreanisch-japanische Vertrag unterzeichnet. Kaum 23 Jahre nach dem ersten Auftreten Perrys in Japan saßen japanische Diplomaten in europäischer Kleidung ihren asiatischen Verhandlungspartnern gegenüber und benutzten dieselben Beweisgründe, die bei ihnen zuerst so gar nicht hatten fruchten wollen, um Korea zur Aufgabe seiner Selbstabsperrung vom Weltverkehr zu veranlassen. Und sie dünkten sich bestimmt nicht weniger erhaben über ihre asiatischen Nachbarn als einst die Amerikaner in der Yedobucht über die Japaner. Der Vertrag<sup>139</sup> war nicht nur unter gleichen Schwierigkeiten entstanden wie der Perry-Vertrag, sondern er hatte auch ähnliche Schwächen. Darum durfte man ihn nicht so sehr nach dem beurteilen, was er nicht enthielt, wie nach dem, was er enthielt. Besondere Beachtung verdient Artikel 10 des Vertrages, der den Japanern eben die exterritoriale Rechtsprechung in Korea sicherte, die Japan seit einigen Jahren abzuschütteln sich bemüht hatte. Die Japaner bekundeten damit selbst, schrieb Eisendecker, der seit Dezember 1875 das Deutsche Reich in Tôkyô vertrat, daß die Exterritorialität zwischen Nationen verschiedenen Zivilisationsgrades notwendig sei.<sup>140</sup>

Selbstverständlich war die Stellung der Regierung durch diesen Erfolg erheblich gestärkt worden. Zeitungen, die dem Unternehmen ablehnend oder sehr skeptisch gegenübergestanden hatten, beglückwünschten das Kabinett und gaben ihrer Bewunderung für Kurodas Staatskunst Ausdruck.<sup>141</sup> Der Vertrag war in der Tat ein japanischer Sieg und noch dazu ein Sieg im Frieden. Das kleine Inselreich, das erst die Grundlagen einer eigenen Macht legte, hätte in der Tat den großen Wert seiner bisherigen Neuierungspolitik nicht besser rechtfertigen kön-



nen als durch diesen Triumph über das strenge Abschließungssystem der Koreaner. Der deutsche Gesandte urteilte, die kleine japanische Armee und Marine befinde sich in einer Verfassung, die geeignet sei, den Nachbarländern einigen Respekt einzuflößen. Selbst seinem großen Nachbarreiche habe der kleine Inselstaat wohl schon den Rang abgelaufen. Leider verleite aber Ungründlichkeit und Eitelkeit die Japaner dazu, die erreichten Vorteile in jeder Hinsicht zu hoch anzuschlagen.<sup>142</sup>

Einen Beweis, daß auch Korea die jüngst aufgenommenen Beziehungen pflegen wollte, konnte man schon im Mai 1876 in der Ankunft einer koreanischen Gesandtschaft sehen. Die Kluft zwischen den beiden Völkern mag den Japanern besonders klar geworden sein, als der Gesandte es trotz der angebotenen europäischen Empfangsformen vorzog, sich vor dem Tennô niederzuwerfen. Die bekannte japanische Zeitung „Hôchi Shimbun“ nannte Japan mehr als entschädigt für die Unannehmlichkeiten, die ihm bereitet worden seien durch die Aufzwingung der auswärtigen Beziehungen, weil es sich ein überlegenes Wissen angeeignet habe, so daß es gegen Korea jetzt eine ähnliche Haltung einnehmen könne wie 1853 Perry.<sup>143</sup>

Nachdem Japan die Halbinsel nun doch allein erschlossen hatte, und wider Erwarten ohne Krieg, wollte Sir Harry wenigstens sofort die englischen Belange gewahrt sehen. Am 27. März regte er telegraphisch in London den sofortigen Abschluß eines Vertrages mit Korea an. Aber die englische Regierung wollte hier, wo Rußland sofort reagierte, nur gemeinsam mit Deutschland und Frankreich vorgehen.<sup>144</sup> Das war gerade die entgegengesetzte Politik, die Sir Harry verfolgt hatte, der eine Fühlungnahme seines deutschen und russischen Kollegen mit dem koreanischen Gesandten verhindert hatte, während er selbst zum großen Befremden seiner Kollegen sich ihm zu nähern gewußt.<sup>145</sup> Sein Argwohn gegen Rußland wurde noch größer, als er am 25. Juli von Kuroda erfuhr, die Russen seien enttäuscht gewesen, daß kein japanisch-koreanischer Krieg ausgebrochen war, der ihnen Gelegenheit gegeben hätte, von Wladiwostok aus in das Land einzudringen.<sup>146</sup> Am 14. September schlug er seiner Regierung die Stationierung eines Kriegsschiffes in Hakodate vor, zur besseren Überwachung



der russischen Bewegungen.<sup>147</sup> Iwakura auf der anderen Seite erklärte sich jetzt sogar bereit, einen englischen Vertrag mit Korea zu vermitteln, da ein Kind sehen könne, daß Rußland von Korea Besitz ergreifen wolle, während Japans Interesse an der Unabhängigkeit dieses Landes nur hinter dem von Korea selbst zurückstehe.<sup>148</sup>

Aber England wollte keinen Vertrag. Ende August hatte nämlich der deutsche Geschäftsträger in London für jetzt die Mitwirkung des Deutschen Reiches bei der Öffnung Koreas höflich abgelehnt.<sup>149</sup> Da Lord Derby von Anfang an keine große Neigung zu alleinigem Vorgehen in dieser Frage verspürt hatte, wurde Sir Harry mitgeteilt, daß Ihrer Majestät Regierung erst einmal die Ergebnisse des japanischen Vertrages mit Korea abwarten wolle.<sup>150</sup>

So blieben die Japaner noch für eine Reihe von Jahren das einzige Volk, das mit Korea einen allerdings nicht sehr lebhaften Handelsverkehr hatte. Der Vertrag vom 27. Februar 1876 hatte Japan in seiner Koreapolitik festgelegt. Es hatte die Unabhängigkeit Koreas anerkannt und damit kein Opfer gebracht, weil es vorläufig doch nicht daran denken konnte, dieses Land zwischen Rußland und China sich untertan zu machen. Wohl aber hatte es damit einen ersten entscheidenden Schritt getan, die Hoheitsansprüche Chinas über Korea in Frage zu stellen, denn je mehr Verträge der König von Korea abschließen würde, um so weniger tatsächlichen Wert würden die chinesischen Ansprüche noch haben und um so stärker würde der Einfluß Japans werden, wenn nicht Rußland, die unheimliche europäisch-asiatische Großmacht, ihm zuvorkam. Besonders seitdem es klar wurde, daß die anderen europäischen Mächte vorläufig nicht an Verträge mit Korea dachten, mußte Japan auf gute Beziehungen zu seinem nördlichen Nachbarn Wert legen, mußte es Rußlands Vertrauen erwerben, ohne Englands Feindschaft sich zuzuziehen. Was es aus und in der schicksalhaften Zwischenlage zwischen diesen beiden Weltmächten machen würde, das war bestimmend für Japans Zukunft.

## Fünftes Kapitel.

### Japan nimmt den Kampf um die Gleichberechtigung auf.

In den Beziehungen zu den Vertragsmächten war im Jahre 1876 eine gewisse Spannung nicht zu verkennen. Sie ging in erster Linie auf eine Gereiztheit der Japaner zurück, die sich durch die Fortdauer der Exterritorialität in ihrer Ehre gekränkt fühlten und sich einer sachlichen Erörterung dieser Frage unzugänglich zeigten. Daran trugen sehr viel Schuld die fremden, d. h. amerikanischen Ratgeber, die sich im ersten Jahrzehnt nach der Revolution in gut-bezahlte japanische Stellungen zu schwingen verstanden hatten und sich kein Gewissen daraus machten, für ihre hohe Bezahlung der japanischen Eigenliebe unter allen Umständen zu Diensten zu sein, in allen politischen Fragen den Japanern recht zu geben und sie in ihrer einseitigen Auffassung der Verhältnisse zu bestärken.

Aber es dauerte nur noch wenige Jahre, bis den Japanern klar wurde, daß ihnen mit Ruhmeshymnen allein nicht gedient war, daß in der Welt nackter Wirklichkeiten die Freundeskritik oft viel mehr Gutes bewirkt. So ein wahrer Freund des jungen Nippon war zweifellos der deutsche Gesandte von Eisendecher. Er stellte im Oktober 1876 fest, daß die Japaner auf dem Gebiet der inneren Politik folgerichtig und mit aner kennenswerter Beharrlichkeit auf dem einmal eingeschlagenen Wege der neuzeitlichen Einrichtungen und Reformen fortschritten. Wenn es ihnen auch noch nicht gelinge, in den Geist der europäischen Einrichtungen einzudringen, so bleibe doch „dieses rastlose Streben des alten asiatischen Kulturvolkes nach moderner Zivilisation immer ein einzig dastehender und höchst merkwürdiger Vorgang“. Wenn es der Regierung gelinge, ohne einen nationalen Bankrott der Finanzschwierigkeiten Herr zu werden, so scheine die Zu-

kunft des Landes als moderner Staat gesichert, und das Experiment einer forcierten Treibhausentwicklung und Umformung eines ganzen Volkes sei als gelungen zu betrachten. . . . „Wäre es möglich, diesem Volke ein wenig deutsche Gründlichkeit und Zuverlässigkeit beizubringen, so ließe sich unzweifelhaft das begonnene Werk der zivilisatorischen Reform mit halber Mühe und in halber Zeit fördern.“<sup>151</sup>

Die Neuerungspolitik der Regierung wurde aber noch einmal auf das Schwerste gefährdet, als statt einzelner aufrührerischer Bewegungen, die schon wiederholt unterdrückt worden waren, 1877 der mächtigste Klan des Landes sich geschlossen gegen die Regierung erhob. Das war Satsuma, wo kein Tōkyōter Beamter etwas zu sagen hatte, wo die Samurai noch dieselbe Rolle spielten wie einst, wo Saigō seit seinem Kabinettsaustritt im Jahre 1873 der ungekrönte König war, der noch mehr verehrt wurde als der Fürst von Satsuma selber. Hatte schon die Abtretung Sachalins Ärger erregt, so war die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zu Korea, statt einer kriegerischen Unterwerfung dieses Landes, von den Samurai als eine Herausforderung früherer Herrschergeschlechter empfunden worden.<sup>152</sup> Als dann dem Verbot des Tragens zweier Schwerter, des heiligen Vorrechts der Samurai, vom März 1876 im August die Umwandlung der Adelspensionen in eine einmalige Kapitalauszahlung folgte, wodurch viele Samurai, die sich bisher noch schlecht und recht durchgeschlagen hatten, nahezu an den Bettelstab gebracht wurden, da war das Maß voll.

Im Februar 1877 brach auf Kiushiu der offene Aufstand los, an dessen Spitze sich kein anderer als Saigō Takamori stellte, der einst die kaiserliche Sache gegen die Tokugawaherrschaft von Sieg zu Sieg geführt hatte. Die Regierung schickte sofort einige 30 000 Mann nach Kiushiu. Aber es zeigte sich bald, daß das aus den unteren Ständen ausgehobene, europäisch gedrillte Heer trotz seiner überlegenen Waffen gegen den Kriegsgeist der Samurai durchaus nicht überall standhielt. Wieder einmal machte sich die Regierung alte Klanfeindschaften zunutze und nahm zahlreiche Samurai in ihre Polizeitruppen auf, die den Ausschlag gaben für die Niederwerfung des Aufstandes.

Erst Ende September war diese letzte große Gefahr für die Regierung nach schwerem Kampfe beseitigt. Mehr als 65 000 Mann kaiserliche Truppen mit einem Train von etwa 50 000 Kulis hatten unter einem Kriegskostenaufwand von 8 400 000 Pfund Sterling eingesetzt werden müssen gegen etwa 40 000 Aufständische (davon 23 000 Satsumaner). 13½ Tausend Tote und 21½ Tausend Verwundete, in die sich Regierungstruppen und Aufständische teilten, waren die Opfer dieses letzten Krieges japanischer Ritter.<sup>153</sup> Das dramatische Ende Saigôs und seiner Mannen — Saigô fiel durch Selbsttod —, das den ethischen Wertsetzungen des feudalen Japan entsprach, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß erst ihre Niederlage den endgültigen Sieg der westlerischen Reformpläne der Regierung ermöglichte. Mit Saigô zerbrach der letzte starke Pfeiler des Feudalismus. „Die vergiftenden Einflüsse dieses Systems sind nun erstickt, und wenn dieses Reich wieder von Krieg heimgesucht werden sollte, dann hat das eine andere Ursache.“ Diese Worte der Zeitung „Hôchi Shimbun“<sup>154</sup> zeigen, wie klar sich schon die Zeitgenossen gewesen sind über die Bedeutung dieses Sieges der Iwakura und Sanjô, der Ôkubo und Itô.

Es war gut, daß Japan die inneren Hemmungen überwand, denn es mußte jetzt seine Rolle spielen auf der politischen Bühne, wenn es nicht von den Weltmächten lediglich ausgespielt werden wollte. Als Rußland im Frühjahr 1877 der Türkei den Krieg erklärte, erließ Japan eine Neutralitätserklärung. Man verfolgte den Orientkrieg sehr gespannt in Tôkyô, und der deutsche Gesandte glaubte bei aller Annäherung der Regierung an Rußland doch eine gewisse innere Befriedigung über die zeitweiligen Mißerfolge der Russen und eine stille Sympathie für die Osmanen feststellen zu können. Japans Stellung wurde aber sehr schwierig, als nach dem Frieden von San Stefano die Gefahr eines englisch-russischen Krieges bedrohlich nahegerückt war. Die Regierung war jedoch fest entschlossen, im Kriegsfall ihre Rechte als neutrale Macht zu wahren und die Innehaltung der völkerrechtlichen Bestimmungen hinsichtlich des Aufenthaltes und Auslaufens feindlicher Flotten in und aus neutralen Häfen und Gewässern nötigenfalls zu erzwingen. Sie gab dem russischen Vertreter, der Übergriffe der Engländer befürchtete, hierzu die bündigsten Erklärungen ab.<sup>155</sup>

Die deutschen Akten geben sogar Auskunft über das Bestehen

einer russisch-japanischen Abmachung. Am 1. März 1879 berichtete der deutsche Botschafter in Petersburg, von Schweinitz, der sich mit dem russischen Außenminister von Giers über die japanische Vertragsrevision unterhielt: „Anfangs erwiderte Herr v. Giers meine Vorstellungen mit der unumwundenen Erklärung, Rußland sei gegenüber Japan engagiert.“ Der Botschafter berichtet sodann, was Giers ihm vertraulich über einen Empfang des japanischen Gesandten beim Zaren im Sommer 1878, als der Krieg mit England unmittelbar bevorzustehen schien, gesagt hatte. Bei dieser Gelegenheit habe Enomoto die Zusicherung erhalten, daß Rußland „dem gerechten Wunsche seiner Regierung entsprechen und einer Revision der Verträge“ zustimmen wolle.<sup>156</sup>

Man darf wohl mit Recht vermuten, daß die Gegenzugstände Japans in der Aufrechterhaltung einer wohlwollenden Neutralität bestanden haben. Aber es scheint noch mehr vereinbart worden zu sein. Eisendecker erfuhr Ende Dezember 1879, daß „vor etwa 1½ Jahren“, also im Sommer 1878, zwischen Rußland und Japan eine Konvention bezüglich Koreas geschlossen worden war, in welcher beide Teile sich verpflichteten, „die Interessen und Beziehungen des anderen Teils in Korea nicht zu stören“.<sup>157</sup>

Die kritische Lage auf dem Balkan hatte die englische Regierung schon am 27. Februar 1878 veranlaßt, die Stärke der russischen Flotte im Fernen Osten feststellen zu lassen.<sup>158</sup> Downing Street war sehr besorgt, daß Japan drei neu erbaute Kriegsschiffe, die England erst im Februar verlassen hatten, sofort an Rußland weiterverkaufen würde.<sup>159</sup> Englische Agenten wandten sich Ende Februar an die japanische Regierung, um die Schiffe für England wiederzukaufen, was der Marineminister jedoch ablehnte. Gleichzeitig wurde aber dem englischen Gesandten auf sein Befragen mitgeteilt, daß Japan nicht beabsichtige, die Schiffe an Rußland oder irgendeine andere Regierung zu veräußern.<sup>160</sup>

Wenn auch der Krieg zwischen England und Rußland dank Bismarcks Eingreifen auf dem Berliner Kongreß verhütet wurde, so blieb der alte Gegensatz, und die japanischen Staatsmänner begrüßten, daß er blieb. Die Spannung zwischen den beiden Mächten gab ihnen ein Gefühl der Sicherheit gegenüber der Ländergier der einen und der selbstsüchtigen Handelspoli-



tik der anderen.<sup>161</sup> Die Freundschaft zu Rußland war ja letzten Endes doch von Furcht bestimmt. Für diese Stimmung ist ein Artikel der offiziellen Zeitung „Nichi Nichi Shimbun“ bezeichnend, die Ende November 1878 schrieb, die große Orientfrage, die Europa so lange in Aufregung gesetzt, habe nun Zentralasien erreicht und werde sich auch auf Korea ausdehnen; denn „Korea ist die Türkei Ostasiens und Fusan ist Konstantinopel“. Lasse man also Korea Rußland zur Beute fallen, dann hieße das einen Dieb mit dem Schlüssel versehen.<sup>162</sup>

Die Idee, eine Türkei des Fernen Ostens zu schaffen, schwebte zweifellos den Russen vor, wenn sie in den nächsten Jahren den Wünschen Tōkyōs sehr entgegenkamen. Aber sie dachten dabei nicht an Korea, vielmehr sollte Japan ihnen werden, was die Türkei für England war, ein Riegel gegen den großen Gegenspieler.<sup>163</sup> Japan war in der Tat ein Staat geworden, mit dem man nicht mehr schalten und walten konnte, wie man wollte. Zwar war seine Feindschaft noch nicht zu fürchten, aber seine Freundschaft wurde schon sehr geschätzt. „Was staatliche Ordnung und Sicherheit von Person und Eigentum betrifft“, urteilte Eisendecker im Juni 1879, „stelle ich Japan unzweifelhaft höher als China, viele südamerikanische Staaten oder den Durchschnitt des Türkischen Reiches.“<sup>164</sup> „Man kann es den japanischen Politikern auch nicht verargen“, heißt es in demselben Bericht, „wenn sie aus diesen Fortschritten ein gewisses Anrecht auf Gleichstellung mit anderen Staaten für sich herzuleiten suchen; nur können sie Zugeständnisse in dieser Richtung, die den Handelsinteressen direkt zuwider laufen, nicht ohne Gegenleistungen und auf ganz allgemeine, wenig motivierte ungeschickte Vorstellungen hin erwarten.“ Damit berührte der Gesandte die Frage, die in den beiden folgenden Jahrzehnten die Achse der Beziehungen Japans zu den Mächten bilden sollte: die Frage der Revision der Verträge.<sup>165</sup>

Diese Frage war für die Japaner vor allem eine Ehrenangelegenheit, bei der sie in erster Linie mit dem Wohlwollen Deutschlands, Rußlands, Italiens und der Vereinigten Staaten rechnen konnten. Allerdings mußte es sehr schwer werden, eine Grundlage zu finden, die allen Vertragsmächten mit ihren verschiedenartigen Belangen und Wünschen annehmbar erschien. Diese Schwierig-

keit war der Hauptgrund für die wiederholten Seitensprünge des Amerikaners Bingham gewesen. Er versuchte auch jetzt wieder, Washington zu Einzelverhandlungen mit Japan zu veranlassen, um die „ewige“ Freundschaft Japans zu gewinnen. Er wirkte dabei gleichzeitig für den amerikanischen Handel, wenn er die Anerkennung der japanischen Zollhoheit empfahl; denn er wußte, daß die Japaner eine Erhöhung der Einfuhr- und Senkung der Ausfuhrzölle beabsichtigten.<sup>166</sup>

Aber trotz der wirtschaftlichen Vorteile, die sich gerade für die Vereinigten Staaten dabei ergaben, hielt Fish fest an der Politik der Zusammenarbeit der fremden Mächte, zumal die von Bingham aufgezeigten Vorteile noch weit entfernt und ungewiß seien.<sup>167</sup> Bei dem mit den Geschäften noch wenig vertrauten neuen Staatssekretär Evarts hatte Bingham allerdings mehr Erfolg,<sup>168</sup> besonders mit einem Beweisgrund, den er bei Fish immer vergeblich vorgebracht hatte, daß nämlich England und Deutschland durch ein Abkommen, das sie mit Japan geschlossen, die cooperation policy schon aufgegeben hätten. Es handelte sich dabei aber in Wirklichkeit nur um eine Auslegung des Begriffes „iron manufactured“, so daß von Aufgabe der Politik des Zusammenarbeitens nicht die Rede sein konnte. Das übersah der neue Staatssekretär aber nicht, und Evarts wollte nichts ungetan lassen zur Ausdehnung des amerikanischen Handels und zur Gewinnung der Freundschaft der Regierungen des Ostens.<sup>169</sup>

Tatsächlich führten Verhandlungen zwischen dem State Department und dem japanischen Gesandten in Washington, Yoshida, am 25. Juli 1878 zu einem Verträge, der Japan zwar Zollhoheit und Selbstbestimmung über Hafen- und Handelsregulierungen zusagte, aber erst in Kraft treten sollte, wenn Japan mit anderen Mächten Abkommen geschlossen haben würde, „similar in effect to the present convention“.<sup>170</sup> Dieser Vertrag, mit dem die Japaner auch die anderen Mächte zur Nachgiebigkeit veranlassen wollten, hatte eine ganz andere Wirkung.

Englands Gegnerschaft gegen die neuen Vorschläge war so stark, daß von dieser Seite mit einem Entgegenkommen nicht zu rechnen war. Die Schlüsselstellung fiel also Deutschland zu, das an der Spitze der kleineren Handelsmächte stand. Der deutsche Gesandte hatte die japanischen Wünsche von dem Augenblick an,

als er sie nach Berlin übermittelte, aus politischen Gründen trotz der entgegenstehenden Handelsinteressen befürwortet. Auch Berlin war für Entgegenkommen gegenüber dem fernöstlichen Inselreich, obwohl gerade Deutschland nach Ansicht des Reichskanzleramtes aus handelspolitischen Erwägungen den geringsten Grund hatte, auf die japanischen Wünsche einzugehen.<sup>171</sup> Aber die deutschen Vertreter in Japan, von Eisendecker und von Gutschmidt, bemühten sich vergeblich um die Lösung der Vertragsschwierigkeiten.<sup>172</sup> Der amerikanische Vertrag zwang Deutschland in die gemeinsame Front mit England, während es sonst wegen seiner Mittelstellung zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten, als unbedingten Interessengegnern, zur Herbeiführung einer Einigung wohl den größten Beitrag hätte liefern können. Der deutsche Gesandte wurde jedoch trotz dieses neuen Vertrages Japans mit den Vereinigten Staaten weiterhin angewiesen, unter möglichster Schonung des japanischen Selbstgefühls, auf eine Einigung hinzuarbeiten.<sup>173</sup>

Eine Wendung trat erst ein, als Inoue das Auswärtige Amt übernahm, und es dem japanischen Gesandten in Berlin, Aoki, gelang, Einfluß auf die Regierung zu gewinnen. Japan löste sich jetzt immer mehr von dem amerikanischen Einfluß, und bei den führenden Männern der japanischen Politik zeigte sich — so berichtete Eisendecker — ebenso wie beim Tennô selbst, eine „auffallende Hinneigung zu Deutschland“. „Der Minister des Äußeren und namentlich der Vizepräsident des Staatsrats, Iwakura, erklärte mir kürzlich in vorher vereinbarten längeren Unterredungen, daß der Regierung vor allem daran liege, die Sympathien und das Wohlwollen Deutschlands zu gewinnen. Man sei im Kabinett einstimmig zu dem Entschluß gekommen, eine feste Anlehnung an das Deutsche Reich anzustreben und die Regierung Seiner Majestät des Kaisers Wilhelm um ihre besondere Freundschaft und Unterstützung in der jetzigen schwierigen Entwicklungsperiode Japans zu bitten.“<sup>174</sup>

Die Besprechungen zur Vertragsfrage zeigten bald, daß dieser

Wunsch ernst war. Statt daß der deutsche Gesandte — wie noch vor einem Jahr Gutschmidt es getan<sup>175</sup> — erklären mußte, daß Deutschland immerhin einigen Anspruch auf Anerkennung seiner vermittelnden Haltung erheben könne, war es nun Inoue, der Deutschlands im Vergleich zu anderen Mächten — er nannte England, Frankreich und Amerika — wohlwollende Haltung unterstrich. Er glaubte an eine allgemeine Einigung in der Revisionsfrage, wenn diejenige mit Deutschland vorhergegangen wäre,<sup>176</sup> und er hoffte auch in Korea auf Ausdehnung des deutschen Einflusses, weil er deutsche Annektionsgelüste am wenigsten dort glaubte fürchten zu müssen. „Von allen diesen Bestrebungen (nämlich verschiedener Mächte in Korea) ist jene Deutschlands den japanischen Staatsmännern am sympathischsten, da sie der Meinung sind, daß die deutsche Regierung in Korea, sowie in Ostasien überhaupt, nur Handelszwecke verfolgt.“ So berichtete der k. k. Gesandte in Japan, Ritter von Hoffer, an die Wiener Regierung.<sup>177</sup>

Auch Bismarck ordnete eine entgegenkommende Haltung gegenüber dem fernöstlichen Inselreich an, soweit das ohne Schädigung der deutschen Belange möglich sei.<sup>178</sup> Die von Japan so sehnlich gewünschte Gleichberechtigung mit den großen Völkern Europas wurde jedoch erst fast zwei Jahrzehnte später auch äußerlich anerkannt. Sie war die Frucht eines langen diplomatischen Ringens der Tôkyôter Staatsmänner. Wie hoch aber auch die Wogen fremdenfeindlicher Leidenschaften infolge dieses Kampfes in den nächsten Jahren manchmal noch schlagen mochten, das Verhältnis zwischen Deutschland und Japan nach 1880 ist — mehr als das Japans zu den übrigen Mächten — gekennzeichnet durch ständig wachsende kulturelle Beziehungen und durch eine Freundschaft, die sich von Jahr zu Jahr vertiefte.

## Anmerkungen.

### Erstes Kapitel.

1. Wie wichtig ihm das war, zeigt Bericht Parkes Nr. 5 vom 13. Jan. 1869. PRO.

2. Gegenüber den Japanern bezeichnete er das trotz seiner ständigen Furcht vor russischem Vordringen merkwürdigerweise als unwahrscheinlich (Satow, S. 405).

3. Vgl. Gubbins, *The Making*, S. 92. — Brandt II, 262. — McLaren, *Japanese Government Documents in TASJ*, Bd. 42, S. XXVIII f. — Dickins 126 und 130. Wegen der schweren Greifbarkeit dieser Werke sei zitiert Gubbins, *The Progress*, S. 214: „... the feudal nobility counted for nothing, and were as a class only dimly conscious, if aware at all, of the importance of what was going on.“

4. Die Literatur über diese Zeit ist so umfangreich, daß hierfür auf das Literaturverzeichnis verwiesen werden muß. Für zuverlässige Unterrichtung sei besonders verwiesen auf Gubbins, *The Progress*, S. 187/225 und *The Making*, S. 68/106.

5. Parkes Nr. 176, conf., v. 18. Sept. 1869, PRO. (Diesem Bericht lag der Brief der japanischen Regierung in Abschrift bei.)

6. Parkes Nr. 114, conf., v. 28. Mai 1869, PRO. Dickins 118.

7. Nr. 12 in Japan Nr. 3 (1870).

8. Nr. 14 in Japan Nr. 3 (1870), Inclosure 2; abgedruckt auch Dickins, S. 134 ff. Die Denkschrift erregte im Parlament beträchtliches Aufsehen.

9. Brandt II, 277/78. Es sei erwähnt, daß seine guten Beziehungen zum japanischen Auswärtigen Amt Parkes schon am 23. Februar den Vertragstext verschafften (Nr. 54, conf., Nr. 59, conf., PRO).

10. Parkes Nr. 205 vom 23. Okt. 1869, PRO.

11. Dickins, S. 142.

12. Dickins, S. 121.

13. For. Rel. 1870, S. 462/68.

14. For. Rel. 1870, S. 456/59; 462/68. Parkes Nr. 6 v. 22. Jan. 1869 (mit Anlagen), PRO.

15. Parkes Nr. 7 conf., v. 22. Jan. 1870, PRO.

16. Vgl. Treat I, 357/59.

17. Treat I, 360.

18. Parkes an Hammond, Private, am 23. Febr. 1870, PRO.



19. Adams Nr. 127 v. 12. Dez. 1871, PRO.
20. Nr. 9, RA.
21. Brandt II, 289/90.
22. Parkes Nr. 125 v. 29. Aug. 1870, PRO.
23. Parkes Nr. 137 v. 5. Sept. 1870, PRO.
24. Parkes Nr. 147 v. 22. Sept. 1870, PRO.
25. Da auch die Engländer eine Besatzung in Yokohama unterhielten, setzte sich Sir Harry begreiflicherweise dafür ein, daß diese Einrichtungen zum Schutze der Fremden nicht mit den berechtigten Forderungen Brandts in Verbindung gebracht würden (Nr. 155, PRO).
26. Für die besonderen Sorgen des Amerikaners de Long vgl. Anm. 53 bei Treat I, 377.
27. Parkes Nr. 155 v. 22. Okt. 1870, PRO. Treat I, 377.
28. Parkes Nr. 155.
29. Parkes Nr. 155. Treat I, 378.
30. Parkes Nr. 6 v. 23. Jan. 1871, PRO (Anlage französische Instruktion v. 24. Nov. 1870). Brandt II, 290.
31. Parkes Nr. 6.
32. Englische Übersetzung in For. Rel. 1873, S. 602/05.
33. Adams Nr. 126 v. 7. Dez. 1871, most confidential, PRO. So berichtet auch Brandt in Nr. 5 v. April 1872, RA. An Hammond schrieb Adams: „Iwakura seemed so disturbed at having let the cat out of the bag and begged me so earnestly not to mention the matter to any living soul, that I consented (Private am 9. Dez. 1871; PRO.).“
34. Nach dem Bericht Dates an Adams (Adams Nr. 132 v. 16. Dez. 1871, most confidential, PRO.).
35. Annecke an Bismarck, Peking, den 15. Nov. 1871, RA.
36. Brandt II, 297.
37. Dennett 438; Treat I, 411/12.
38. Treat I, 412; Dennett 438.
39. Adams Nr. 12 v. 12. Jan. 1872, PRO.
40. Brandt Nr. 150 v. 25. August 1873, RA.
41. Adams Nr. 7 v. 21. Sept. 1871, PRO.
42. van der Hoeven an Bismarck, Nr. 71 v. 21. Sept. 1871, RA.
43. Brandt Nr. 18 v. 15. April 1872, RA.

### **Zweites Kapitel.**

44. Parkes Nr. 23 v. 12. Febr. 1870, PRO.
45. Inhalt bei Treat I, 395/96; z. T. zitiert bei Dickins, S. 172. Nach Dickins erhielt Parkes die Denkschrift schon im April.
46. Adams Nr. 116, conf., v. 18. Nov. 1871, PRO.
47. Stead, S. 102/03. Französische Übersetzung der Japaner im G.St.A.
48. de Long an Fish, zitiert bei Treat I, 391.
49. Treat I, 391.
50. Dennett 513.

51. Eine ausführliche Darstellung dieser Ereignisse auf Grund von unveröffentlichten Akten der Washingtoner Regierung findet man bei Treat I, Chapter XVIII. Zur Ergänzung beachte die Revisionsvorschläge von Brandts, mit denen de Long weitgehend übereinstimmte (vgl. Treat, S. 394, Anm. 8 und S. 433, Anm. II), und die dem State Department offenbar als Vorlage für die amerikanischen dienten, auf Seite 394/95, sowie die der Terashima-Denkschrift auf Seite 395/96.

52. Treat I, 434.

53. Treat I, 438.

54. Treat I, 442.

55. Treat I, 437.

56. Für drei grundsätzliche Punkte, die sie zur Begutachtung vorlegten, vgl. Stead, S. 103/04.

57. Adams Nr. 82, conf., v. 7. Mai 1872, PRO.

58. Die Gesandtschaft hatte sich z. B. in Berlin für Juni/Juli anmelden lassen (van der Hoeven an Bismarck am 20. Nov. 1871, GStA).

59. Stead, S. 104; Adams an Hammond, private, am 11. Juli 1872, PRO.

60. Schon Treat hat mit Recht diese Annahme Arigas (in Stead a. a. O.) angezweifelt auf Grund eines späteren Berichts von de Long (vgl. Treat I, 447, Anm. 30).

61. Treat I, 445.

62. Der englische Standpunkt ist niedergelegt in zwei Denkschriften von Sir Harry Parkes vom 13. und 16. Nov. 1872 (PRO), sowie rückschauend in dem Erlaß Lord Granvilles an Sir Harry vom 13. Jan. 1873, PRO. (Z. T. zitiert bei Dickens, S. 175/77.)

63. Uebel an Bismarck, Brüssel, den 25. Febr. 1873, GStA.

64. Das englische Konzept der Rede befindet sich im GStA.

### Drittes Kapitel.

65. Treat I, 456.

66. Treat I, 457.

67. Stead, S. 106.

68. Vgl. Treat I, 458/60.

69. Vgl. Treat I, 463.

70. Stead, S. 107.

71. Für einen japanischen Bericht vgl. Yamaguchi, Kinsei shiraku ni hen S. 178/79.

72. Treat I, 490 ff.

73. Satow, S. 411.

74. Cambridge Mod. Hist. XII, 556. Erst viel später wurde bekannt, daß es sich bei den Schriftstücken um Fälschungen handelte.

75. Uyehara, S. 74.

76. Nach Krause zahlte es Tribute an China seit 1372 und an Japan seit 1451. 1609 wurde Ryû Kyû von Satsuma erobert und seitdem von den Japanern als reichszugehörig angesehen, obwohl es fortfuhr, auch an China Tribute zu zahlen (Krause, S. 247).

77. Treat I, 475/79; 482.
78. Die Zusammenfassung, die Ariga von der Unterredung gibt, ist irreführend (Ariga in Stead, S. 112). China hatte die Ansprüche auf die Ryū Kyū-Inseln keineswegs aufgegeben.
79. Stead, S. 159 ff.
80. Stead, S. 113. Treat I, 496/97.
81. Schriftwechsel Soyeshima — Brandt v. 20. Aug. und 19. Sept. 1873; Brandt Nr. 186 v. 26. Sept. 1873. RA.
82. Schon am 29. Dez. 1871 berichtete Adams (Nr. 138, PRO) von der Verbreitung einer Flugschrift zugunsten des Christentums.
83. Adams Nr. 139 v. 29. Dez. 1871, PRO.
84. Adams Nr. 16 v. 15. Jan. 1873, PRO.
85. Watson Nr. 46 v. 22. Febr. 1873, PRO.
86. Treat I, 513. Parkes Nr. 37 v. 3. Juli 1873, PRO.
87. Watson Nr. 42, conf., v. 19. Febr. 1873, PRO.
88. Treat I, 507/10.
89. Brandt Nr. 52 v. 3. Mai 1873; Brandt Nr. 68 v. 25. Mai 1873, vertraulich, RA.
90. Parkes an Hammond, Private, v. 22. Juli 1873; Parkes Nr. 51 und 52 v. 29. Juli 1873, PRO.
91. Parkes Nr. 60 v. 11. Aug. 1873, PRO.
92. Brandt an Bismarck am 1. Sept. 1873, RA.
93. Stead, S. 116.
94. Stead, S. 117.
95. Parkes Nr. 91, conf., v. 3. Nov. 1873, PRO.
96. Parkes Nr. 91, conf., v. 3. Nov. 1873, PRO.
97. Parkes Nr. 102, conf., v. 8. Dez. 1873, PRO.
98. Brandt H, 378.
99. Dennett, S. 679.
100. Treat I, 533.
101. Daß die Urteile seiner Kollegen nicht so mild sind, ist erklärlich bei der Art des von ihm geführten Kampfes (vgl. die Berichte im PRO und RA). Sogar Treat deutet eine seiner Kampfmethoden an (Treat II, 27).
102. Treat I, 534.
103. Treat I, 539/40.
104. Brandt II, 344/45.
105. Parkes Nr. 88 v. 22. Mai 1874, PRO.
106. Erlaß Nr. 93 v. 17. Juli 1874, PRO. Vgl. auch telegraphischen Erl. Nr. 86, PRO.
107. Brandt II, 303/04. Der Täter wurde am 25. Sept. enthauptet.
108. Parkes Nr. 66 v. 14. April 1874, PRO.
109. Parkes Nr. 98, conf., v. 29. Mai 1874, PRO.
110. Treat I, 543/44.
111. Brandt Nr. 119 v. 11. Mai 1874, RA. Ähnlich äußerte sich Parkes: „I feel . . . that it is by no means easy to forestall the course of events in this country. The Government is far from being a strong one, their measures are

those of the day only, and their duration of office appears uncertain“ (Nr. 112 v. 16. Juni 1874, PRO). — „... Their conduct in this matter cannot be said to be guided either by principle or rule.“ (Nr. 130 v. 18. Juli 1874, PRO).

112. Den „tüchtigen“ amerikanischen Beratern der Japaner war im letzten Augenblick von den Konsuln ihres Landes die Teilnahme am Feldzug verboten worden. Legendre wurde am 6. August sogar in Amoy vom amerikanischen Konsul verhaftet (Treat I, 551).

113. Stead, S. 120. Der chinesische Ministerpräsident hatte schon am 14. Mai ein Zitat des Völkerrechts durch Berufung auf die chinesischen Klassiker abgetan (Dennett 441, Anm.).

114. Stead, S. 122.

115. Dickins, S. 194 und 195.

#### Viertes Kapitel.

116. Für einen japanischen Bericht siehe Stead, S. 122/23.

117. Rehfues Nr. 59 v. 10. Okt. 1863, GStA.

118. Rehfues Nr. 59 v. 10. Okt. 1863, GStA. Brandt Nr. 72 v. 11. Okt. 1863, GStA.

119. Brandt Nr. 26 v. 24. Juni 1867, GStA. Außerdem Parkes an Hammond, private, am 14. Juni 1866; Parkes Nr. 98, conf., v. 27. Juni 1866, PRO. (Durch Erlaß Nr. 69, conf., v. 19. April 1866, PRO, war der Gesandte angewiesen worden, die japanische Regierung vor russischen Agenten zu warnen.)

120. Parkes Nr. 220, conf., v. 12. Sept. 1868, PRO. Dickins, S. 239.

121. Parkes Nr. 221, conf., v. 19. Nov. 1869, PRO.

122. Parkes Nr. 44, conf., v. 19. März 1870, PRO. Ähnlich hatte der japanische Außenminister sich schon 1867 gegenüber Brandt ausgesprochen (Brandt Nr. 26 v. 24. Juni 1867, GStA).

123. Treat I, 364/68.

124. Adams Nr. 70 v. 13. Sept. 1871, PRO. Stead, S. 124.

125. Adams Nr. 73 v. 11. Juli 1871, PRO.

126. Stead, S. 124.

127. Das Angebot Rußlands durch den amerikan. Gesandten im Jahre 1873, alle Rechte auf Sachalin an Japan zu verkaufen, von dem Stead S. 124/25 berichtet, scheint wenig glaubhaft. Auch Treat hat einen Anhalt dafür in den amerikanischen Akten nicht finden können (Treat I, 586, Anm. 55).

128. Dickins, S. 240.

129. Telegramm Parkes' v. 20. Juli 1875, PRO.

130. Parkes Nr. 92, secret and confidential, v. 20. Juli 1875, PRO.

131. Telegraphischer Erlaß (Nr. 75 v. 2. Aug. 1875), PRO.

132. Telegraphischer Erlaß Nr. 76, conf., v. 3. Aug. 75, PRO. Vgl. auch die Erlasse Nr. 78 und 79.

133. Parkes Nr. 24, conf., v. 8. Febr. 1875, PRO.

134. Parkes Nr. 94, conf., v. 24. Juli 1875, PRO.

135. Brandt Nr. 72, Peking, den 25. Nov. 1875, RA. Auch Terashima glaubte im Februar 1876 noch nicht, daß China im Kriegsfall neutral bleiben

würde. (Geschäftsträger Plunkett an Lord Derby, Nr. 38, v. 28. Febr. 1876, PRO.)

136. Stead, S. 128.

137. Parkes Nr. 182 v. 31. Dez. 1875, PRO. In St. Petersburg versicherte man Lord Loftus, es sei von Japan keine Hilfe gegen Korea erbeten und ihm auch keine versprochen worden. (Erl. an Parkes Nr. 6 v. 10. Jan. 1876, PRO.)

138. Parkes Nr. 5, conf., v. 10. Jan. 1876, PRO.

139. Veröffentlicht in 1876, Japan Nr. I, Nr. 13, Inclosure.

140. Eisendecker Nr. 60 v. 25. März 1876, RA.

141. Eisendecker Nr. 87 v. 17. Mai 1876, vertraulich, RA. Nr. II in Japan Nr. I 1876.

142. Eisendecker Nr. 87.

143. Parkes Nr. 100 v. 9. Juni 1876, Anlage, PRO.

144. Telegr. Erl. Nr. 54 v. 5. Mai 1876. Außerdem ein Aktenzettel der Sachbearbeiter im Foreign Office. PRO.

145. Eisendecker Nr. 106, vertraulich, v. 28. Juni 1876, RA. Da Bülow über Englands Haltung in dieser Frage unterrichtet war, konnte er Eisendecker sofort beruhigen (Erl. Nr. 4, vertraulich, vom 1. Okt. 1876, RA).

146. Parkes Nr. 123, very conf., v. 25. Juli 1876, PRO.

147. Parkes Nr. 151, very conf., v. 14. Sept. 1876, PRO.

148. Parkes Nr. 163, very conf., v. 11. Okt. 1876, PRO.

149. Erlaß Bülows an Frhrn. von der Brincken v. 24. Aug. 1876, RA. Die französische Regierung dürfte sich gleichfalls ablehnend verhalten haben.

150. Erl. Nr. 126, conf., an Parkes, v. 30. Nov. 1876, PRO. Ein Sachbearbeiter des Foreign Office riet zum Abwarten, ein zweiter bezeichnete die Herstellung von Beziehungen zu Korea als einen zweifelhaften Vorteil. Lord Derby schrieb dazu: „I quite agree“ (Aktenzettel im PRO).

### Fünftes Kapitel.

151. Eisendecker Nr. 156 v. 6. Okt. 1876, RA.

152. Mounsey, S. 81.

153. Mounsey, S. 231/35.

154. Zitiert in Parkes Nr. 138 v. 28. Sept. 1877, PRO.

155. Gutschmidt an Bülow Nr. 19 v. 2. Febr. 1879, RA.

156. Schweinitz an Auswärtiges Amt, vertraulich, St. Petersburg, den 1. März 1879, RA.

157. Eisendecker Nr. 156, vertraulich, v. 30. Dez. 1879, RA. Eisendecker berichtete sogar, daß Parkes für 5000 Dollars eine Abschrift des Abkommens erstanden habe. Ebenfalls von Sir Harry's Gelüsten, Quelpart zu besetzen, ist der deutsche Gesandte unterrichtet, während er gleichzeitig meldet, daß nun die Japaner an die Besetzung dieser Insel dächten.

158. Telegr. Erl. Nr. 15 v. 27. Febr. 1878, PRO.

159. Telegr. Erl. Nr. 28 v. 12. April 1878, PRO.

160. Telegr. Erl. Parkes Nr. 38 v. 15. April 1878, secret, PRO. Der damalige russische Geschäftsträger behauptet in seinen Erinnerungen gleich-



falls, daß weder die russische noch die japanische Regierung einen solchen Kauf beabsichtigt hätten. (Rosen I, 38.)

161. Vgl. Gutschmidt Nr. 19 v. 2. Febr. 1879, RA.

162. Parkes Nr. 125, conf., v. 2. Dez. 1878, PRO.

163. Vgl. dazu Rosen I, 56.

164. Eisendecker Nr. 78 v. 26. Juni 1879, RA.

165. Die Langwierigkeit der Verhandlungen beweist, wie verwickelt diese Frage war. In dieser Darstellung kann deshalb das Problem nur angedeutet werden, wie es sich am Ende der 70er Jahre stellte.

166. Treat II, S. 2/3.

167. Treat II, S. 4.

168. Für die eigenartigen Methoden, die er dabei anzuwenden pflegte, braucht man sich nicht auf die Berichte seiner Kollegen zu beziehen. Vgl. nur Treat II, 27; auch Anm. 4 daselbst.

169. Treat II, S. 29/30.

170. Treat II, S. 51/52.

171. Reichskanzleramt an Bülow 30. Juni 1878, RA.

172. Vgl. u. a. Gutschmidt Nr. 83 v. 30. Mai 1878 und Nr. 25 v. 13. Febr. 1879, RA.

173. U. a. Erl. Nr. 5, Bülow an Eisendecker, v. 22. Juni 1879, RA.

174. Eisendecker Nr. 65 v. 6. Mai 1880, RA.

175. Gutschmidt Nr. 49 v. 5. April 1879, RA.

176. Eisendecker Nr. 95 (Anlage), v. 18. Juli 1880, RA. Auch Nr. 40 v. 21. März 1880, RA.

177. Am 5. Juli 1880 vertraulich. Abschrift im RA.

178. Aktennotiz von Kusserows v. 8. Juli 1880, RA.

## Erklärung japanischer Wörter.

(Aussprache der Selbstlaute wie im Deutschen, der Mitlaute  
wie im Englischen)

Aizu	Klan-Name, Gebiet in der alten Provinz Iwashiro.
Chôshû	Klan, der die Provinzen Nagato und Suwo an der Südwestspitze der Hauptinsel bewohnt.
Daimyô	= großer Name. Bezeichnung aller Landesfürsten, die ein Einkommen von mindestens 10 000 Koku Reis jährlich hatten. Es gab drei Klassen von Daimyô.
Hizen	Name von Provinz und Klan auf Kiushiu.
Kami	wörtlich, Fürst von ... Bei Hofämtern bedeutete es so viel wie oberster ..., bezw. Haupt- (in Verbindung mit einer Würde).
Keraï	siehe Samurai.
Koku	Mengenmaß, etwa 180 Liter.
Kuge	Hofadel von Kyôtô.
Mikado	= „erhabene Pforte“, Titel für den Kaiser von Japan (von Japanern kaum angewandt).
Ri	1 Ri = 2½ engl. Meilen = 3297 m.
Samurai	Gefolgsmann eines Landesfürsten. Die Samurai hatten das Vorrecht, zwei Schwerter zu tragen.
Satsuma	Name von Provinz und Klan, der die Provinzen Satsuma, Osumi und einen Teil von Hiuga auf der Insel Kiushiu bewohnt.
Shôgun	bedeutet ursprünglich etwa „Der große General“, ist der eigentliche Titel des Exekutivherrschers von Japan von 1603—1867 (vgl. auch Taikun).
Taikun	eigentlich „Großer Fürst“. Titel, den die Yedoer Regierung gegenüber den Fremden (zuerst gegenüber Korea) für den Militärherrscher von Japan anwandte, um seine Souveränität zum Ausdruck zu bringen. (Die Diplomaten sprachen in ihren Berichten fast nur vom Taikun. Um den europäischen Leser nicht zu verwirren, wurde — abgesehen von Zitaten — in der Darstellung immer das Wort Shôgun angewandt.)
Tennô	d. i. Himmelskaiser.
Tokugawa	Die Dynastie der letzten Shôgun (regierte 1603—1867).
Tosa	Provinz und Klan auf der Insel Shikoku.
Tycoon	andere (englische) Schreibweise für „Taikun“.

### **Erklärung der wichtigsten Abkürzungen.**

- For. Rel. = Foreign Relations (Papers relating to Foreign Affairs of the United States).  
G.St.A. = (Preußisches) Geheimes Staatsarchiv in Berlin-Dahlem.  
MGOA. = Mitteilungen der Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens.  
P.R.O. = Public Record Office, London.  
RA. = Reichsarchiv, Potsdam.  
T.A.S.J. = Transactions of the Asiatic Society of Japan, Tôkyô.

In den übrigen Fällen wurden die Werke lediglich mit dem Namen des Verfassers, bzw. nach demjenigen Stichwort zitiert, unter dem man den vollen Titel des Werkes im Literaturverzeichnis findet. Die römischen Ziffern bezeichnen im allgemeinen den betreffenden Band des Werkes, die arabischen geben die Seitenzahl an. (z. B. Treat I, 324 heißt Treat, Band I, Seite 324.)

## Quellen- und Literaturverzeichnis.

### Quellen.

#### I. Ungedruckte:

- a) Japanakten des Auswärtigen Amts im Reichsarchiv, Potsdam.
- b) Japanakten des Foreign Office im Public Record Office, London.

#### II. Gedruckte:

- a) Papers relating to the Foreign Relations of the United States veröffentlicht in den Executive Documents. Jahrgänge 1870—1879. Washington.
- b) British Parliamentary Papers (erschieden in London):
  - Japan No. 3 (1870), „Correspondence Respecting Affairs in Japan: 1868—70“, Commons 70, 1870 (129).
  - China No. 2 (1875) „Correspondence Respecting the Settlement of the Difficulty between China and Japan in Regard to the Island of Formosa“, 1875 (1164).
  - China No. 6 (1875), „Further Correspondence“, 1875 (1289).
  - Japan No. 1 (1876), „Correspondence Respecting the Treaty between Japan and Corea“, 1876 (1530).

### Sonstige Quellen und Darstellungen.

- Adams, F. O.: The History of Japan, 2 vols, London 1874/75.
- Asiaticus: Die staatliche und soziale Entwicklung Japans 1868—1878 in „Nord und Süd“ Jg. 1879.
- Black, John R.: Young Japan, 2 Bde., London 1880/81.
- Brandt, Max von: Dreiunddreißig Jahre in Ostasien, 3 Bde., Leipzig 1901.
- Cambridge, The ... Modern History Vols XI und XII, Cambridge 1909/10.
- Chamberlain, B. H.: Allerlei Japanisches, Berlin 1912.
- Courant, M.: Okoubo, Paris 1904.
- Dennett, Tyler: Americans in Eastern Asia, New York 1922.
- Dickins, F. V. (and Lane-Poole): The Life of Sir Harry Parkes, 2 Bde., London 1894.
- Doebelhoff, J. von: Tagebuchblätter einer Reise nach Ostasien 1873/74, 2 Bde., Wien 1874/75.
- Foster, John W.: American Diplomacy in the Orient, Boston 1904.
- Gowen, H. H.: An Outline History of Japan, London/New York 1927.

- Gubbins, J. H.: The Making of Modern Japan, London 1922 (zitiert Gubbins, The Making).
- The Progress of Japan 1853/71, Oxford 1911 (zitiert Gubbins).
- Gundert, W.: Japanische Religionsgeschichte, Stuttgart und Tôkyô 1935.
- Griffis, W. E.: The Mikado's Empire, New York.
- Hara, Katsouro: Histoire du Japon, Paris 1926.
- Haushofer, Karl: Japan und die Japaner, Berlin/Leipzig 1933.
- Mutsuhito, Lübeck 1933.
- History of the Empire of Japan (zusammengestellt unter Leitung des Department of Education, übersetzt von Brinkley), Tôkyô 1893.
- Jones, F. C.: Extraterritoriality in Japan ... 1853/99, New Haven 1931.
- Koch, W.: Japan, Geschichte nach japanischen Quellen, Dresden 1904.
- Krause, F. E. A.: Geschichte Ostasiens, 2 Bde., Göttingen 1925.
- Kühner, N. V.: Die Beziehungen Rußlands zum Fernen Osten während der Regierungszeit des Hauses Romanow (russisch), Wladiwostok 1914.
- Latourette, K. S.: The Development of Japan, New York 1926.
- McLaren, W. W.: A Political History of Japan during the Meiji Era 1867—1912, London 1916.
- Japanese Government Documents 1867/69 in TASJ Vol. 42, Part. I.
- McLean, M.: Echoes from Japan, London 1899.
- Mounsey, Augustus: The Satsuma Rebellion, London 1879.
- Murdoch, James: A History of Japan, 3 Vols, I. Bd. London 1925 (2. Aufl.); 2. Bd. Kobe 1903; 3. Bd. London 1926. — Zitate beziehen sich auf den 3. Band.
- Nitobe, Inazo: The Intercourse between the United States and Japan, Baltimore 1891.
- Okakura-Kakuzo: The Awakening of Japan, London 1922.
- Okuma, Count Shigenobu: Fifty Years of New Japan, 2 Vols, New York 1909.
- Pflugk-Hartungs Weltgeschichte, Band: „Geschichte des Orients“, Berlin 1910.
- Propyläen Weltgeschichte, Band 9, Berlin.
- Rathgen, Karl: Japan und die Japaner, Leipzig 1907.
- Die Entstehung des modernen Japan (Rede), Dresden 1896.
- Redesdale, Lord: Memories, 2 Vols, London 1915.
- Rein, J. J.: Japan nach Reisen und Studien, 2 Bde., Leipzig 1881/86.
- Rieß, Ludwig: Geschichte der Insel Formosa in MGOA VI, S. 405/48.
- Rösler: Japans Außenhandel seit 1868 in MGOA III.
- Rosen, Baron: Forty Years of Diplomacy, 2 Bde., London 1932.
- Saito, Hisho: Geschichte Japans, Berlin 1912.
- Sato, Sir Ernest M.: A Diplomat in Japan, London 1921.
- Scherzer, Karl von: Fachmännische Berichte über die österreichisch-ungarische Expedition nach Siam, China und Japan, Stuttgart 1872.
- Schmiedel, Otto: Die Deutschen in Japan, Leipzig 1920.



- Schottländer, F.: Erwin von Baelz 1849—1913, Stuttgart 1928.
- Siemers, Bruno: Japans Eingliederung in den Weltverkehr 1853—1869, Berlin 1937.
- Stead, Alfred: Unser Vaterland Japan. Ein Quellenbuch, geschrieben von Japanern, Leipzig 1904.
- Japan by the Japanese, London 1904.
- Treat, P. J.: Diplomatic Relations between the United States and Japan 1853/95, 2 Vols, Stanford University, California, 1932 (zitiert Treat).
- The Far East, New York 1928.
- Uyehara, G. E.: The Political Development of Japan 1867/1909.





